Bachelorarbeit zur Erlangung des akademischen Grades

Bachelor of Arts

im Fach Deutsch-französische Studien:
grenzüberschreitende Kommunikation und Kooperation

der Philosophischen Fakultät II
der Universität des Saarlandes

"Wir schaffen das" vs. "fermeté française": die deutsche und französische Regierung in der Flüchtlingskrise

Erstgutachter: Dr. Gregor Halmes

Zweitgutachter: Dr. Simone Orzechowski

Laura Schmeer
Arndtstraße 5
66121 Saarbrücken
laura.schmeer@gmail.com
Matrikelnummer: 2551203

Selbständigkeitserklärung:

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Ferner habe ich die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, unter Angabe der jeweiligen Quelle als Entlehnung kenntlich gemacht. Dies gilt ebenso für Zeichnungen, Skizzen und Pläne sowie bildliche und grafische Darstellungen, die nicht eigenhändig von mir angefertigt wurden.

Saarbrücken: _____ Unterschrift: _____

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 2

2 Kurze Darstellung des Verlaufs der Flüchtlingskrise 4

3 Die deutsche und die französische Regierung in der Flüchtlingskrise 9

3.1 Die deutsche und die französische Regierung 9

3.1.1 Die Bundesregierung 9

3.1.2 Die französische Regierung 10

3.2 Die aktuelle Flüchtlingslage in Deutschland und Frankreich 12

3.2.1 Besonderheiten der Fluchtmigration nach Deutschland 12

3.2.2 Besonderheiten der Fluchtmigration nach Frankreich 13

4 Die Reaktionen der deutschen und der französischen Regierung im Vergleich 14

4.1 Der Beginn der Flüchtlingskrise: erste Reaktionen 14

4.2 Der „Dschungel von Calais“: eine französische Besonderheit 17

4.3 Zuspitzung der Krise: Öffnung Deutschlands und Frankreichs? 20

4.4 Reaktionen auf der Ebene der Gesetzgebung 24

4.4.1 Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz: „Asylpaket I“ 24

4.4.2 Reaktionen auf die Silvesternacht in Köln 25

4.4.3 Das Asylpaket II 26

4.5 Der Versuch einer europäischen Lösung I: „Quoten“ und „Hotspots“ 27

4.6 Die Flüchtlingspolitik nach den Terroranschlägen in Paris 30

4.7 Die Bekämpfung von Fluchtursachen 32

4.8 Der Versuch einer europäischen Lösung II: Kooperation mit der Türkei 33

5 Ergebnisse der vergleichenden Analyse und Fazit 36

6 Bibliografie 41

7 Anhang 52

1 Einleitung

„Ich sage ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!“.[1] So drückte sich die deutsche Bundeskanzlerin am 31. August 2015 zum Thema der sogenannten Flüchtlingskrise aus. Dieses „Wir schaffen das“ sollte zum Schlagwort der deutschen Flüchtlingspolitik werden.[2] Der französische Premierminister Manuel Valls sprach sich zum selben Thema am 31. August 2015 folgendermaßen aus: *„Ces réponses, nous devons les chercher dans le respect de nos valeurs et de nos principes communs : humanité, responsabilité, fermeté“*.[3] Wenngleich der Begriff der *„fermeté“* in Frankreich nicht zu einem solchen Leitspruch wurde wie Merkels „Wir schaffen das“ in Deutschland, hat er dennoch einen erheblichen Stellenwert in Aussagen französischer Regierungsvertreter erhalten. Während die deutsche „Willkommenskultur“[4] und „Politik der offenen Grenzen“[5] in den internationalen Medien hervorgehoben wurde, kam Frankreich keine vergleichbare Rolle zu. Es stellt sich jedoch die Frage, ob dieser erste medial vermittelte Eindruck auch tatsächlich der von den Regierungen der beiden Länder verfolgten Politik in der Flüchtlingskrise entspricht. In der vorliegenden Arbeit soll deshalb der Fragestellung nachgegangen werden, inwiefern sich das Verhalten der deutschen Regierung in der Flüchtlingskrise von dem der französischen unterscheidet im Hinblick auf die Art der getroffenen Maßnahmen, die Reaktivität und die mit der jeweiligen Politik verfolgten Ziele. Als „Flüchtlingskrise“ wird hierbei die verstärkte Fluchtmigration nach Europa seit 2014 und vor allem seit 2015 und die damit verbundenen humanitären, administrativen und institutionellen Spannungen definiert.

Die zum heutigen Zeitpunkt bereits publizierte wissenschaftliche Literatur zum Thema gibt

[1] „Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel“. In: *bundesregierung.de.* 31.08.2015. http://tinyurl.com/jcc5b9f [Stand: 14.07.2016]. Internetquellen werden in der vorliegenden Arbeit nach dem folgenden Muster angegeben: (Autor:) „Titel“. In: *Name der Seite.* Datum. Link [Stand]. Die Links werden in Form von Kurzlinks angegeben, die mithilfe der Seite „Tinyurl.com“ erstellt wurden.

[2] Vgl. „Neujahrsansprache 2016 von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 31. Dezember 2015 über Hörfunk und Fernsehen“. In: *bundesregierung.de.* 01.01.2016. http://tinyurl.com/jh6tlg7 [Stand: 31.07.2016], „Rede auf Parteitag zur Flüchtlingspolitik. ‚Und deshalb werden wir das schaffen‘“. In: *tagesschau.de.* 14.12.2015. http://tinyurl.com/nonbdta [Stand: 31.07.2016].

[3] „Discours du Premier ministre à la sous-préfecture de Calais“. In: *gouvernement.fr.* 31.08.2015. http://tinyurl.com/hb57nnt [Stand: 14.07.2016].

[4] „Willkommenskultur für Flüchtlinge. Was hinter der Hilfsbereitschaft der Deutschen steckt“. In: *sueddeutsche.de.* 11.09.2015. http://tinyurl.com/q39peem [Stand: 31.07.2016].

[5] „Es bleibt bei Merkels Politik der offenen Grenzen“. In: *augsburger-allgemeine.de.* 06.11.2015. http://tinyurl.com/z4p28n3 [Stand: 31.07.2016].

einen guten Überblick über die Fluchtbewegungen im Kontext der Flüchtlingskrise.[6] Ebenso das Verhalten der Europäischen Union in der aktuellen Flüchtlingskrise sowie in der Asylpolitik im Allgemeinen wurde – mit Einschränkungen – bereits analysiert.[7] Das Defizit des aktuellen Forschungsstands zum Thema ist hierbei vor allem in der hohen Aktualität des Themas begründet. So umfassen alle Arbeiten zeitlich höchstens den Beginn der Flüchtlingskrise. Ebenfalls liegt bisher weder eine umfassende Analyse der politischen Reaktionen in Deutschland noch derer in Frankreich vor und auch ein deutsch-französischer Vergleich der Regierungsreaktionen wurde bislang nicht gezogen. Diese Lücke soll in der vorliegenden Arbeit geschlossen werden, gerade auch mit Blick auf die herausragende Rolle, die Deutschland und Frankreich innerhalb der EU einnehmen.

Untersuchungsgegenstand der nachfolgenden Analyse sind Regierungshandlungen auf deutscher und französischer Seite im Kontext der Flüchtlingskrise. Diese Regierungshandlungen umfassen Gesetzesvorschläge, andere akute Maßnahmen sowie offizielle Haltungen der Regierungen. Als Informationsquelle werden hierfür wissenschaftliche Publikationen sowie Medien- und Regierungsquellen herangezogen. Nachdem die konkreten Reaktionen der deutschen und der französischen Regierung herausgearbeitet wurden, wird eine vergleichende Analyse der Reaktionen nach den folgenden Vergleichskriterien erfolgen: Reaktivität, Form der getroffenen Maßnahmen, Ebenen der Maßnahmen (regional / national / international) sowie Zielsetzung. Anhand dieses Vergleichs sollen Parallelen und Divergenzen in der deutschen und der französischen Handhabung der Flüchtlingskrise herausgearbeitet werden. Den Beginn des Analysezeitraums markieren die Aktionspläne zur Flüchtlingskrise, die in Deutschland und Frankreich im Juni 2015 verabschiedet wurden und die somit einen gemeinsamen Startpunkt der Entwicklungen in beiden Ländern bieten. Das Ende der Analyse bildet das EU-Türkei-Abkommen, das am 18. März 2016 geschlossen wurde.

[6] Vgl. hierzu beispielsweise Hirseland, Katrin: „Flucht und Asyl: Aktuelle Zahlen und Entwicklungen“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Heft 25 (Juni 2015), S. 17-25, Lehmann, Julian: „Flucht in die Krise. Ein Rückblick auf die EU-‚Flüchtlingskrise‘ 2015“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Heft 52 (Dezember 2015), S. 7-11, Ostrand, Nicole: „The Syrian Refugee Crisis: A Comparison of Responses by Germany, Sweden, the United Kingdom, and the United States“. In: *Journal on Migration and Human Security*. Band 3, Heft 3 (2015), S. 255-279, Wihtol de Wenden, Catherine: „Une nouvelle donne migratoire“. In: *Politique Étrangère*. Heft 3 (2015), S. 95-106

[7] Vgl. hierzu beispielsweise Hadfield, Amelia / Zwitter, Andrej: „Analyzing the EU Refugee Crisis: Humanity, Heritage and Responsibility to Protect“. In: *Politics and Governance.* Band 3, Heft 2 (2015), S. 129-134, Tissier-Raffin, Marion: „Crise européenne de l’asile. L’Europe n’est pas à la hauteur de ses ambitions“. In: *La Revue des Droits de l’Homme*. Heft 8 (2015), http://tinyurl.com/hqabgkf [Stand: 03.08.2016], Varga, Esztella: „Refugee Problem in Europe. Case Studies“. In: *Eurasian Journal of Social Sciences*. Band 3, Heft 4 (2015), S. 37-45.

Nach einem Überblick über den Verlauf der Flüchtlingskrise und einer kurzen Darstellung der Besonderheiten der deutschen und der französischen Regierung sowie der Fluchtmigration in die beiden Länder wird die Analyse der Regierungsreaktionen im deutsch-französischen Vergleich erfolgen, die überwiegend nach Ereignissequenzen gegliedert sein wird.

2 Kurze Darstellung des Verlaufs der Flüchtlingskrise

Bei Betrachtung der Entwicklung weltweiter Flüchtlingszahlen lässt sich der Trend feststellen, dass sich eine steigende Anzahl von Menschen auf der Flucht befindet. Waren im Jahr 2005 noch 37,5 Millionen Menschen vom UNHCR als Menschen auf der Flucht registriert, war die Zahl im Jahr 2014 auf 59,5 Millionen gewachsen. Diese Zahl umfasst Binnenvertriebene, internationale Flüchtlinge sowie Asylsuchende, über deren Antrag noch nicht entschieden wurde.[8]

Diese Entwicklung spiegelt sich ebenfalls in den europäischen Asylbewerberzahlen wieder. Nach Höhepunkten der Antragszahlen in den Jahren 1992 (672 000 Anträge) und 2001 (424 000 Anträge) fiel die Zahl im Jahr 2006 auf unter 200 000, um anschließend erneut beständig anzuwachsen. Seit 2012 hat sich der Zuwachs an Asylanträgen stark beschleunigt auf 431 000 im Jahr 2013 und 626 000 im Jahr 2014, was die höchste Zahl seit 1992 darstellte.[9] Nicht in dieser Statistik erfasst sind außerdem jene zahlreichen Geflüchteten, die noch keinen Antrag auf Asyl gestellt haben.

Um die Gründe für die verstärkten Fluchtbewegungen zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf die Herkunftsstaaten der Asylsuchenden. Nachdem über drei Jahrzehnte Afghanistan das Land darstellte, aus dem die meisten Menschen weltweit flüchteten, hat seit 2014 Syrien diese Rolle übernommen. So waren im Mai 2015 knapp 4 Millionen Syrer aus dem Land geflohen. Afghanistan steht nun an zweiter Stelle mit 2,7 Millionen Geflüchteten. Darauf folgen Somalia (1,1 Millionen), Sudan (670 000), Südsudan (509 000), die Demokratische Republik Kongo (493 000), Burma (480 000) sowie Irak (426 000). Auch in der Europäischen Union stellen syrische Geflüchtete den größten Anteil dar. Wurden 2013 noch 50 000 Anträge auf Asyl von Syrern verzeichnet, waren es 2014 knapp 123 000. Sie machten somit 20% aller Anträge auf Asyl aus. 7% der Anträge erfolgten 2014 von

[8] Vgl. „Weltweit fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht“. 18.06.2015. In: *unhcr.de.* http://tinyurl.com/nfgg66c [Stand: 03.08.2016].

[9] Vgl. „Statistiken über Asyl“. In: *ec.europa.eu/eurostat.* 21.05.2015. http://tinyurl.com/j3gapkm [Stand: 03.08.2016].

Geflüchteten aus Afghanistan (41 300). An dritter Stelle standen hier jedoch Geflüchtete aus dem Kosovo sowie aus Eritrea mit je 6%. Antragsteller aus Serbien machten 2014 5% aus.[10]

Der Bürgerkrieg, der Syrien seit dem Ausbruch der Konflikte im Rahmen des „Arabischen Frühlings“ im Jahr 2011 beherrscht, ist der Hauptgrund für die massenhafte Flucht der syrischen Bevölkerung außer Landes. Der Konflikt ist hierbei gekennzeichnet von einer großen Zahl von Konfliktparteien sowie von einem außergewöhnlichen Maß an Gewalttätigkeit. Alle großen Konfliktparteien, Präsident Baschar al-Assads regierungstreue Truppen sowie die terroristische Vereinigung des „Islamischen Staats“ (IS), haben sich schwerste Menschenrechtsverletzungen zu Schulden kommen lassen. Der Einsatz von Fassbomben und Streumunition gegen die zivile Bevölkerung und das systematische Abschneiden von der Grundversorgung mit Nahrung und Medikamenten sind nur einige der Verstöße. Die vom IS sowie von weiteren terroristischen Gruppierungen wie der Al-Nusra-Front ausgehende Gewalt, zum Beispiel in Form von Bombenanschlägen, Selbstmordattentaten, Folter oder Hinrichtungen, ist ein weiterer Faktor, der viele Menschen die Flucht antreten lässt. Auch wenn syrische Geflüchtete den größten Teil der Asylsuchenden in Europa darstellen, flüchtet dennoch die große Mehrheit in benachbarte Regionen. 90% der geflüchteten syrischen Bevölkerung hält sich in den Nachbarstaaten Türkei, Libanon und Jordanien auf.[11]

Auch im Irak kontrolliert der IS Gebiete und veranlasst durch seine Gewaltausübung Tausende Menschen zur Flucht. Die Situation im Irak, der seit 35 Jahren regelmäßig von bewaffneten Konflikten betroffen ist, ist jedoch schon seit Längerem schwierig. Neben den drei Golfkriegen sorgten vor allem auch Wirtschaftssanktionen der UN für eine zunehmende Verelendung der Bevölkerung. Der Bürgerkrieg und seine Folgen, die zunehmende Auflösung staatlicher Strukturen, soziale und wirtschaftliche Probleme sowie ethnische und religiöse Konflikte machen den Irak zu einem klassischen gescheiterten Staat, weshalb hier ebenfalls ein großer Teil der weltweiten Fluchtmigration seinen

[10] Vgl. Hirseland, „Flucht und Asyl“, S. 17-19, Luft, Stefan: *Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen*. München, C.H. Beck, 2016, S. 23f.

[11] Vgl. Gerlach, Daniel: „Was in Syrien geschieht“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte.* Heft 8 (Februar 2016), S. 6-14, Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: *The European Union in a changing global environment. A more connected, contested and complex world*. O. O., o. V., Juni 2015. http://tinyurl.com/gn8zkka [Stand: 03.08.2016], Luft, *Flüchtlingskrise*, S. 26f., Ostrand, „Syrian Refugee Crisis“, S. 256, Varga, „Refugee Problem“, S. 42.

Ausgang nimmt.[12]

Afghanistan blickt ebenfalls auf mehrere Jahrzehnte militärischer Auseinandersetzungen zurück. Die sowjetische Besatzung in den 1980er Jahren, der daran anschließende Bürgerkrieg und die Machtübernahme durch die Taliban sorgten dafür, dass Afghanistan über 30 Jahre lang das größte Herkunftsland von Fluchtbewegung darstellte. Auch die NATO-geführte Sicherheits- und Wiederaufbaumission ISAF zwischen 2001 und 2014 konnte die Lage nicht nachhaltig verbessern, sodass heute noch viele Afghanen aus dem Land fliehen.[13]

Eine weitere Region, die massive Fluchtbewegungen provoziert, ist das subsaharische Afrika. Der Bürgerkrieg in Somalia kombiniert mit „systematischer Gewalt, schwachen staatlichen Institutionen, finanzieller Abhängigkeit, sozialer Fragmentierung, Korruption und Armut“[14] sowie mit extrem schwierigen klimatischen Bedingungen sind die wichtigsten Fluchtgründe für die somalische Bevölkerung. Auch in Sudan dauerten mehrere Bürgerkriege an, bis Südsudan 2011 seine Unabhängigkeit erlangte. Das Land wird jedoch immer noch von heftigen innerstaatlichen Konflikten beherrscht, die 2013 in einen erneuten Bürgerkrieg mündeten. Die ständige Gefahr der Knappheit an Nahrungsmitteln verschärft die Situation zudem. Bürgerkriegsähnliche Zustände bestehen auch in der Demokratischen Republik Kongo, wo seit über 20 Jahren Regierungstruppen gegen verschiedene Rebellengruppen kämpfen. Auch hier kommen Probleme bezüglich der Lebensmittelversorgung hinzu, sowie der regelmäßige Ausbruch von Seuchen. Ein weiterer subsaharischer Staat, aus dem große Zahlen an Menschen flüchten, ist Eritrea. Repression, schwerste Menschenrechtsverletzungen und eine totalitäre Regierungsform vertreiben große Teile der Bevölkerung. Obwohl Geflüchtete aus den zahlreichen Krisenregionen des subsaharischen Afrikas auch in der Fluchtmigration nach Europa eine große Rolle spielen, flüchten auch hier die meisten Menschen innerhalb der Region, oder zumindest innerhalb des afrikanischen Kontinents.[15]

---

[12] Vgl. Buchta, Wilfried: „Iraks Zerfall und der Aufstieg des IS. Zwei Seiten einer Medaille“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte.* Heft 8 (Februar 2016), S. 23-30, Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *The European Union*, Luft, *Flüchtlingskrise*, S. 33, Rohde, Achim: „Irak“. In: *bpb.de*. 09.11.2015. http://tinyurl.com/n5ultbj [Stand: 03.08.2016], Varga, „Refugee Problem“, S. 42.

[13] Vgl. Luft, *Flüchtlingskrise*, S. 32f., Ruttig, Thomas: „Afghanistan“. In: *bpb.de.* 08.11.2015. http://tinyurl.com/hsv78z6 [Stand: 03.08.2016].

[14] Balthasar, Dominik: „Somalia“. In: *bpb.de*. 08.12.2015. http://tinyurl.com/nqvgjx3 [Stand: 03.08.2016].

[15] Vgl. Abdalla, Gihan: „Südsudan“. In: *bpb.de.* 31.05.2016. http://tinyurl.com/z3sgdgl [Stand: 03.08.2016], Ansorg, Nadine: „Demokratische Republik Kongo“. In: *bpb.de.* 21.11.2015. http://tinyurl.com/hga3fyl [Stand: 03.08.2016], Hanewinkel, Vera: „Flüchtlinge in Europa: Ein Blick auf die Herkunftsländer Eritrea und Somalia“. In: *bpb.de.* 14.11.2014. http://tinyurl.com/jab45yy [Stand: 03.08.2016], Luft, *Flüchtlingskrise*, S. 33-35.

Eine Herkunftsregion von Geflüchteten, die weltweit keinen großen Anteil ausmacht, aber für die Flucht in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union von Bedeutung ist, sind die Staaten des Westbalkans Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro sowie Serbien. Neben der Arbeits- und Armutsmigration aus diesen Ländern in die EU findet auch eine Fluchtmigration statt. Elementare Motive, das Land zu verlassen, sind vor allem die „Probleme von Multi-Minoritäten-Gesellschaften und von Transformationsgesellschaften (von kommunistischen Regimen zu demokratisch-kapitalistischen Systemen), Korruption und Nepotismus“[16]. Hinzu kommen wirtschaftliche und soziale Instabilität, die sich unter anderem in einer hohen Arbeitslosigkeit widerspiegelt, sowie die strukturelle Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen, vor allem der Sinti und Roma.[17]

Die meisten der oben genannten Fluchtursachen resultieren aus Problemen und Konflikten, die bereits seit längerer Zeit bestehen. In einigen Krisenregionen hat sich die Situation in den letzten Jahren verschärft und somit für eine noch größere Zahl von Menschen den Anstoß zur Flucht gegeben. Einer der Hauptgründe für den enormen Anstieg der Fluchtbewegung nach Europa ist jedoch die Weiterwanderung von Geflüchteten, die sich bisher in Nachbarregionen ihres Herkunftsstaates aufgehalten hatten. Hierbei handelt es sich vor allem um syrische Geflüchtete, die sich nun aus der Türkei, dem Libanon und Jordanien auf den Weg in die EU machten. Da es sich bei diesen Ländern selbst um Staaten handelt, die mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen haben, stellen die großen Flüchtlingszahlen eine umso größere Belastung dar. Es kommt zunehmend zu Spannungen zwischen den Geflüchteten und der Bevölkerung der Aufnahmeländer. Aufgrund der Schwierigkeit, die Grundbedürfnisse an Sicherheit, Lebensmitteln und Unterkunft zu befriedigen, wandern immer mehr Menschen aus der Region ab und versuchen nach Europa zu gelangen. Libanon sieht sich mitunter mit der größten Belastung konfrontiert. Weltweit hat dieser Staat die meisten syrischen Geflüchteten pro Kopf aufgenommen: Seit Ausbruch des Syrien-Konflikts hat sich die libanesische Bevölkerung um 25% vergrößert. Der großen Anforderung an die öffentlichen Einrichtungen, das Sozialsystem sowie die Infrastruktur kann der libanesische Staat nur noch teilweise gerecht werden. In Irak und Ägypten, die ebenfalls viele geflüchtete Syrer aufgenommen haben, haben zudem Veränderungen in der politischen Landschaft die

[16] Luft, *Flüchtlingskrise*, S. 37.

[17] Vgl. Hirseland, „Flucht und Asyl“, S. 22, Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *The European Union,* Luft, *Flüchtlingskrise,* S. 36f.

Situation der Geflüchteten enorm verschlechtert. Für die geflüchtete Bevölkerung in den Nachbarstaaten wird immer deutlicher, dass es keine wirkliche Bleibeperspektive vor Ort gibt. Bildungsmöglichkeiten sowie eine Partizipation am geregelten Arbeitsmarkt erschließen sich einem Großteil der Menschen nicht. Zu einer zusätzlichen Eskalation der Situation trägt die Tatsache bei, dass die internationalen humanitären Hilfsprogramme in den Erstaufnahmestaaten nicht ausreichend finanziert sind, und somit die Versorgung der Geflüchteten mit Nahrungsmitteln, Unterkunft und medizinischer Behandlung immer weniger gewährleistet werden kann.[18]

Auf ihrem Weg nach Europa schlugen Geflüchtete und andere Migranten lange Zeit vor allem die westliche Mittelmeerroute über die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla ein. Ab 2014 wurde dann die zentrale Mittelmeerroute von Libyen nach Italien zur meistgenutzten Strecke für Migranten ohne legale Einreisemöglichkeit. So registrierte die EU-Grenzschutzagentur Frontex 172 000 Personen, die im Jahr 2014 das Mittelmeer auf diesem Weg irregulär überquerten. Zu Beginn des Jahres 2015 verlagerte sich die Hauptroute erneut weiter nach Osten, zur sogenannten östlichen Mittelmeerroute von der Türkei nach Griechenland, Zypern oder Südbulgarien. Dabei sind die Migrationswege über das Mittelmeer mit erheblichen Gefahren verbunden: Allein 2014 wurden über 3 000 Tote registriert, die bei der Überfahrt nach Europa ertranken. Seit 2000 beträgt die Zahl der Opfer bereits 29 000. Nachdem bei einem Schiffsunglück vor Lampedusa im Oktober 2013 über 350 Menschen starben, rief die italienische Regierung die Operation „Mare Nostrum“ ins Leben, die die Rettung von Schiffen aus Seenot zur Aufgabe hatte. Ende 2014 wurde die Operation jedoch wieder eingestellt, da eine Weiterfinanzierung ohne die Beteiligung anderer EU-Staaten nicht möglich war. Die EU schuf zwar die Nachfolgeoperation „Triton“ unter der Leitung von Frontex, deren Priorität war aber die Grenzsicherung und der Schutz vor illegaler Einreise. So stieg die Zahl der Opfer, die bei Überfahrten über das Mittelmeer ertrinken, seit Ende 2014 wieder deutlich an. Zwischen Januar und März 2015 wurden fast 500 Ertrunkene registriert. Europaweite Aufmerksamkeit erhielt außerdem das Schiffsunglück zwischen Tunesien und Italien, bei dem am 19. April 2015 über 800 Menschen starben. Diese hohen Zahlen an Todesopfern sind möglicherweise einer der Gründe, wieso sich die Migrationswege erneut verlagerten. So nutzen immer mehr Menschen seit Frühjahr 2015 den Land- und Seeweg über die Türkei, um dann über die

[18] Vgl. Hanewinkel, Vera: „Fluchtmigration nach Deutschland und Europa: Einige Hintergründe“. In: *bpb.de*. 15.12.2015. http://tinyurl.com/hqx68ce [Stand: 03.08.2016], Lehmann, „Flucht in die Krise“, S. 7, Luft, *Flüchtlingskrise*, S. 28-31, Ostrand, „Syrian Refugee Crisis“, S. 262-264.

Westbalkanroute in die EU zu gelangen. Auch dieser Weg ist jedoch ständigen Veränderungen unterlegen: Führte diese Route zunächst noch die meisten Menschen von Griechenland aus über Mazedonien, Serbien, Ungarn und Österreich nach Deutschland, verlagerte sie sich nach Ungarns Schließung der Grenze zu Serbien nach Kroatien und Slowenien. Ein weiterer Grund für die Änderung der Hauptrouten sind humanitäre Brennpunkte wie Gewaltanwendung von staatlichen Sicherheitskräften, beispielsweise durch den Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas. Im Juni 2015 beschlossen die Transitländer Serbien und Mazedonien, den Migranten von nun an Transitvisa auszustellen, damit diese in die eigentlichen Zielländer in der EU weiterreisen konnten. Als bis Mitte August jedoch an die 40 000 Menschen die Länder passierten, rief Mazedonien am 21. August 2015 den Notstand aus und schloss die Grenze zu Griechenland. Ungarn, das Ende August zeitweise die reguläre Weiterreise der Geflüchteten per Zug nach Österreich und Deutschland zuließ, riegelte Anfang September den Bahnhof in Budapest für alle Reisenden ohne EU-Visum ab, weshalb sich am 4. September rund 1 200 Menschen zu Fuß über die Autobahn auf den Weg Richtung Österreich machten.[19]

Unter Berücksichtigung aller vorangehend genannter Punkte lassen sich drei zentrale Gegebenheiten herausstellen, die den neuartigen Charakter dieser europäischen Flüchtlingskrise ausmachen: erstens das Ausmaß und die starke Beschleunigung der Zahl an Asylanträgen in der EU in den letzten 20 Jahren, zweitens die schnellen und instabilen Entwicklungen der Migrationswege nach Europa und drittens die Diversität der Herkunftsländer.[20]

3 Die deutsche und die französische Regierung in der Flüchtlingskrise

3.1 Die deutsche und die französische Regierung

3.1.1 Die Bundesregierung

Die Regierung wird in Deutschland seit den Bundestagswahlen 2013 von einer Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD ausgeübt. Regierungschefin ist in ihrer dritten

[19] Vgl. Achille, Yves: *L'Europe dans l'impasse*. Paris, L'Harmattan, 2015, S. 40, Lehmann, „Flucht in die Krise", S. 7f., Luft, *Flüchtlingskrise*, S. 68f., Meier-Braun, Karl-Heinz: *Einwanderung und Asyl. Wichtige Fragen.* Bonn, C.H. Beck, 2015, S. 75f., Tissier-Raffin, „Crise européenne de l'asile", Wihtol de Wenden, „Nouvelle donne migratoire", S. 96f.

[20] Vgl. Tissier-Raffin, „Crise européenne de l'asile".

Amtszeit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Vizekanzler und zugleich Minister für Wirtschaft und Energie ist Sigmar Gabriel (SPD). Das Amt des Außenministers hat ebenfalls ein Sozialdemokrat, Frank-Walter Steinmeier, inne. Der Christdemokrat Thomas de Maizière übt das Amt des Innenministers aus. Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD nach den Bundestagswahlen 2013 ergaben, dass acht der 14 Bundesministerien an die Union gingen, und sechs an die SPD.[21]

Dieses Regierungsbündnis, in dem die beiden größten Fraktionen im Bundestag miteinander koalieren, sieht sich dementsprechend nur mit einer kleinen Opposition konfrontiert. Obwohl der Koalitionsvertrag vom 27. November 2013 die Zusammenarbeit im Allgemeinen regelte und einige Streitfragen klärte, gestaltet sich die Regierungszusammenarbeit in einer solchen Konstellation äußerst schwierig: Eigentlich gegensätzliche politische Lager stehen nun gemeinsam in der Regierungsverantwortung. Neben der teilweise komplizierten Kompromissfindung besteht auch das Problem der Unterstützung in der Bevölkerung bzw. der eigenen Wählerschaft, da teilweise Zugeständnisse an den Koalitionspartner gemacht werden müssen, die keine Zustimmung in der Wählerschaft finden. Außerdem besteht auch die Union aus zwei unabhängigen Parteien, die mitunter verschiedene Ansichten vertreten.

In Bezug auf Migration und Integration betont der Koalitionsvertrag die sogenannte „Willkommenskultur“[22], nennt jedoch wenig konkrete Details. Außerdem soll „Armutsmigration“[23] entgegengewirkt werden. Zum Thema Flüchtlinge und Asyl enthält der Vertrag bereits zahlreiche Details zu Maßnahmen, die getroffen werden sollen, wie die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für gut integrierte Geduldete, aber auch die Einstufung einiger Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsländer.[24]

3.1.2 Die französische Regierung

Die französische Regierung ist zusammengesetzt aus dem Premierminister sowie seinem Kabinett. Wichtige Minister im Kontext der Flüchtlingskrise sind der Innenminister Bernard Cazeneuve sowie der Außenminister Jean-Marc Ayrault. Der Staatspräsident, der

---

[21] Vgl. „Bundeskabinett“. In: *bundesregierung.de*. http://tinyurl.com/hlk9agw [Stand: 03.08.2016], Faas, Thorsten: „The German Federal Election of 2013: Merkel’s Triumph, the Disappearance of the Liberal Party, and Yet Another Grand Coalition“. In: *West European Politics*. Band 38, Heft 1 (2015), S. 238-247, hier S. 247.

[22] *Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode*. http://tinyurl.com/gp53xs6 [Stand: 03.08.2016], S. 106.

[23] Ibd., S. 108.

[24] Vgl. ibd., S. 105-110.

den Premierminister ernennt, ist somit nicht Teil der Regierung, übt aber mit dem Premierminister in der sogenannten Doppelexekutive die exekutive Gewalt aus. Deshalb wird in der folgenden Analyse das Verhalten der französischen Exekutive in ihrer Gesamtheit, bestehend aus Regierung und Präsident, untersucht werden.[25]

Staatspräsident ist seit dem 15. Mai 2012 François Hollande. Er gehört, genau wie sein Premierminister Manuel Valls, dem *Parti socialiste* an. Letzterer löste am 1. April 2014 seinen Vorgänger im Amt Jean-Marc Ayrault ab, der nach den schlechten Ergebnissen des PS bei den Kommunalwahlen zurücktreten musste. Valls ist dem rechteren Flügel der Partei zuzuordnen. Bereits als Innenminister hatte er sich durch eine harte Linie in seiner Politik im Bereich der öffentlichen Ordnung ausgezeichnet. Der Regierungswechsel stellte allerdings keine große ideologische Wende dar, da Hollande bereits zuvor von seinen sozialistischen Wahlversprechen hin zu einer sozialliberalen Wettbewerbspolitik abgewichen war.[26]

Hollandes Präsidentschaft ist von einer außergewöhnlichen Unbeliebtheit geprägt. In den Umfragewerten kursiert er bereits seit Längerem als der unbeliebteste Präsident der V. Republik. Neben einigen ungünstigen Rahmenbedingungen, wie die Härte der Wirtschaftskrise oder der Diskrepanz zwischen den strukturellen Grenzen, die der präsidentiellen Macht gesetzt sind, und dem Wunsch der Bevölkerung nach einer mächtigen Exekutive, haben auch politische Affären und Hollandes Unvermögen, der Öffentlichkeit ein Bild effektiver Führung zu vermitteln, für sinkende Umfragewerte gesorgt.[27]

Eine weitere Schwäche der französischen Exekutive liegt in der inneren Spaltung des PS. Die Spannungen, die bereits zuvor bestanden hatten, kristallisierten sich durch die Ernennung Valls zum Premierminister zu einer regelrechten Opposition gegen die Regierung innerhalb der Partei heraus. Da der Regierung keine Mehrheit im Parlament mehr sicher ist, ist deren Autorität und Handlungsspielraum deutlich eingeschränkt. Nach den Attentaten auf die Redaktion von *Charlie Hebdo* im Januar 2015 haben sich zumindest weite Teile der Bevölkerung hinter der Regierung vereint und gerade Manuel Valls konnte

---

[25] Vgl. „La composition du gouvernement“. In: *gouvernement.fr.* http://tinyurl.com/ljv25xo [Stand: 03.08.2016].

[26] Vgl. La Documentation française (Hg.): *France 2016. Les données clés.* Paris, Doc' en poche, 2015, S. 103, Kuhn, Raymond: „Mister Unpopular: François Hollande and the Exercise of Presidential Leadership. 2012-14“. In: *Modern and Contemporary France*. Band 22, Heft 4 (2014), S. 435-457, hier S. 449.

[27] Vgl. Casanova, Jean-Claude: „Situation de François Hollande (II)“. In: *Commentaire*. Band 37, Heft 148 (2014/15), S. 819-825, hier S. 819f., Kuhn, „Mister Unpopular“, S. 435, 440-443.

sich als Führungspersönlichkeit profilieren, zumal er für einen harten Kurs in der Sicherheitspolitik stand und somit dem Bedürfnis vieler Bürger entsprach.[28]

In Frankreich ist also eine sozialistische Regierung, die jedoch in zahlreichen Bereichen eine sozialliberale Politik führt und zudem in ihrem Handlungsspielraum extrem geschwächt ist, mit den Herausforderungen steigender Flüchtlingszahlen konfrontiert. Das Agieren ist hierbei zudem nicht einer Person an der Spitze der Exekutive überlassen, sondern die Doppelexekutive Präsident / Premierminister steht gemeinsam in der Verantwortung. Zusätzlicher Druck auf die Regierung wurde durch die Wahlerfolge des rechtsextremen *Front National* ausgeübt, was sie dazu veranlasste, teilweise dessen Diskurse aufzugreifen, um nicht noch weitere Wählerstimmen zu verlieren.

3.2 Die aktuelle Flüchtlingslage in Deutschland und Frankreich

3.2.1 Besonderheiten der Fluchtmigration nach Deutschland

Die Fluchtmigration nach Deutschland war in den letzten Jahrzehnten erheblichen Veränderungen unterlegen. Nach der Asylrechtsreform in den Jahren 1992/93 sanken die hohen Asylbewerberzahlen bis 2007 erheblich ab, von 439 000 im Jahr 1992 auf rund 19 000. Seitdem stiegen die Zahlen wieder regelmäßig an, auf rund 200 000 im Jahr 2014. Diese Entwicklungen entsprechen der globalen Evolution der Fluchtbewegungen. Auch die Herkunftsstaaten der Asylsuchenden in Deutschland haben sich im Lauf der Jahre verändert. Während in den 1990er Jahren noch die meisten Bewerber aus Osteuropa kamen, auf der Flucht aus der ehemaligen Sowjetunion und den Jugoslawienkriegen, kamen in den Jahren zwischen 2000 und 2012 erstmals mehr Asylsuchende aus dem asiatischen Raum, vor allem aus Afghanistan, Irak und Iran. Seit 2011 ist Syrien eines der Länder, aus denen die meisten Asylbewerber in Deutschland kommen. In den letzten Jahren kam es jedoch zusätzlich erneut zu vermehrten Fluchtbewegungen aus Osteuropa, vor allem aus Serbien, Mazedonien und Russland.

Im europäischen Vergleich nimmt Deutschland absolut gesehen die meisten Asylbewerber auf. Im Jahr 2014 waren es 32% aller Asylsuchenden in der EU. Im Vergleich zur Bevölkerungszahl stand Deutschland jedoch nur an 6. Stelle. 2015 reisten ca. 1,1 Millionen Menschen in Deutschland ein, um dort einen Antrag auf Asyl zu stellen.

Davon machten Syrer einen Anteil von 39% aus. Es folgten Asylsuchende aus Afghanistan

[28] Vgl. Bachelot, Denis: „Recomposition du paysage politique?“. In: *Commentaire*. Band 38, Heft 149 (2015), S. 40-44, hier S. 40, 42f., Grunberg, Gérard: „Le parti socialiste sous tensions“. In: *Commentaire*. Band 38, Heft 149 (2015), S. 59-63, hier S. 59, 61.

(14%), Irak (11%), Albanien (6%) und Kosovo (3%). Vor allem Asylsuchende aus Syrien und Afghanistan bevorzugen Deutschland als Zielland: So beantragten 2014 rund 33% aller Syrer, die in die EU geflohen waren, in Deutschland Asyl. Bei Geflüchteten aus Afghanistan lag der Anteil bei rund 23%. Insgesamt gilt Deutschland als eines der beliebtesten Zielländer von Asylsuchenden, neben Großbritannien und den skandinavischen Ländern. So gaben beispielsweise rund ein Drittel aller irregulär nach Europa Geflüchteten, die eine genaue Vorstellung über das gewünschte Ziel hatten, an, dass sie nach Deutschland gelangen wollten. Neben der wirtschaftlichen Situation und im Vergleich zu anderen Staaten guten Bedingungen für Asylsuchende ist auch die Existenz von Einwanderer-Gemeinden, und somit von bereits vorhandenen Netzwerken, als Grund dafür zu nennen. Eine weitere Entwicklung der letzten Jahre ist die ständige Steigerung der Schutzquote, also der Anteil der Asylbewerber, denen ein offizieller Status als Flüchtling, subsidiärer Schutz oder ein Abschiebeverbot gewährt wird. 2014 stieg die Schutzquote um 6,6% auf 31,5% an, 2015 betrug sie 49,8% und zwischen Januar und Mai 2016 sogar 61,5%. Dabei bestehen enorme Unterschiede zwischen den verschiedenen Herkunftsstaaten: Lag die Schutzquote von syrischen Antragsstellern im Jahr 2014 bei 99%, betrug sie für Asylsuchenden aus Westbalkanstaaten nur 0,2-0,3%.[29]

3.2.2 Besonderheiten der Fluchtmigration nach Frankreich

Im Vergleich zu Deutschland stellt sich die Flüchtlingslage in Frankreich deutlich anders dar. Während Deutschland eines der Hauptzielländer von Fluchtbewegungen geworden ist, lässt sich keine vergleichbare Entwicklung in Frankreich feststellen. Bereits 2014 wurden nur rund 10% der EU-weiten Anträge auf Asyl in Frankreich gestellt, und auch im Vergleich zur Bevölkerungszahl nahm Frankreich nur den 13. Platz ein. Während die Zahlen in fast allen EU-Staaten stiegen, verzeichnete Frankreich zwischen 2013 und 2014 einen Rückgang um 5%. 2015 wurden in Frankreich rund 74 000 Erstanträge auf Asyl gestellt, also 23,6% mehr als 2014. EU-weit stiegen die Zahlen jedoch um 123%. Frankreich stand 2015 somit an 6. Stelle in Bezug auf die absolute Zahl an Asylanträgen; knapp 6% aller Anträge in der EU wurden in Frankreich gestellt. Diese vergleichsweise

[29] Vgl. Galetti, Nino: „Frankreich“. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Flucht und Migration. Weltweite Reaktionen*. O. O., o. V., 2015, S. 49f., Hirseland, „Flucht und Asyl“, S. 19, 24, „Flucht und Asyl in Deutschland“. In: *bpb.de*. 22.06.2015. http://tinyurl.com/ht9hnos [Stand: 03.08.2016], Luft, *Flüchtlingskrise*, S. 44, Meier-Braun, *Einwanderung und Asyl*, S. 77f., Oltmer, Jochen: „Warum ist die Bundesrepublik Deutschland 2015 Ziel umfangreicher globaler Fluchtbewegungen geworden?“. In: *bpb.de.* 21.04.2016. http://tinyurl.com/gtap8wr [Stand: 03.08.2016], „Zahlen zu Asyl in Deutschland“. In: *bpb.de.* 10.05.2016. http://tinyurl.com/jdyj7ox [Stand: 03.08.2016].

geringen Zahlen sind unter anderem damit zu begründen, dass Frankreich eher als Transitland auf dem Weg in andere Staaten, z.B. Großbritannien, dient denn als Zielstaat. Neben der wirtschaftlichen Situation könnten auch geringere Schutzquoten sowie die schlechteren Bedingungen für Asylsuchende als Grund genannt werden. So wurde beispielsweise die französische Abschiebepraxis wiederholt als diskriminierend kritisiert. Wie in Deutschland auch unterliegen die Hauptherkunftsländer der Geflüchteten starken Änderungen. Während die Fluchtmigration nach Frankreich traditionell von seiner kolonialen Vergangenheit geprägt war, bildeten 2014 Geflüchtete aus der Demokratischen Republik Kongo, aus Russland, Bangladesch, Albanien sowie Syrien die größten Herkunftsgruppen. 2015 bildeten Antragsteller aus Sudan die größte Gruppe (6,8%), gefolgt von Syrien (4,8%), Kosovo (4,2%), Bangladesch (4,1%) und Haiti (4,1%). Es lässt sich feststellen, dass in Frankreich keine Gruppe zahlenmäßig so heraussticht wie die Syrer und Afghanen in Deutschland. Dem europäischen Trend folgend steigt auch in Frankreich die Schutzquote immer weiter an, von 15% im Jahr 2011 auf 20% 2014 und 31,5% im Jahr 2015. Für die ersten 5 Monate von 2016 lag die Quote sogar bei 36,2%. Damit ist Frankreich aber immer noch weit von dem EU-Durchschnitt von 51% entfernt, was sich mit dem geringeren Anteil der Gruppen erklären lässt, die tendenziell eine hohe Chance auf Anerkennung als Flüchtling haben. Eine besondere Schwierigkeit in der Bearbeitung der Asylanträge in Frankreich ergibt sich daraus, dass rund 41% der Anträge in Île-de-France gestellt werden.[30]

4 Die Reaktionen der deutschen und der französischen Regierung im Vergleich

4.1 Der Beginn der Flüchtlingskrise: erste Reaktionen

Sowohl Deutschland als auch Frankreich reagierten bereits Ende Juni 2015 mit Maßnahmenplänen auf die sich abzeichnende Krise. Im „Aktionsplan“ der Bundesregierung vom 18. Juni 2015 sowie im Plan der französischen Regierung *„Répondre à la crise des migrants : respecter les droits, faire respecter le droit“* waren einerseits die

[30] Vgl. Achille, *L'Europe dans l'impasse*, S. 29, 32-34, „Asile : les modestes records de la France“. In : *Le Monde*. 09.06.2016, S. 9, „Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber - jährliche aggregierte Daten (gerundet)“. In: *ec.europa.eu/eurostat*. O. D. http://tinyurl.com/h42bvyh [Stand: 03.08.2016], Galetti, „Frankreich“, S. 49f., Hirseland, „Flucht und Asyl“, S. 19f., „Statistiken über Asyl“, Tissier-Raffin, „Crise européenne de l'asile“, S. 3.

Verbesserung der Abläufe im Asylverfahren und andererseits die Unterscheidung zwischen Personen, die einen legitimen Schutzanspruch haben, und jenen, die diesen nicht haben, zentral. Während in Deutschland die Optimierung des Asylsystems durch eine Verkürzung des Verfahrens, eine Erhöhung der finanziellen und personellen Mittel des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie einer Verdoppelung der Finanzhilfen für die Länder erreicht werden sollte, war in Frankreich die ausreichende Bereitstellung von Unterkünften für Asylsuchende, anerkannte Flüchtlinge und sogenannte Transitmigranten Inhalt des Plans. Durch die Schaffung von 11 000 zusätzlichen Unterkunftsplätzen sollte die Wohnsituation der betroffenen Personen entschärft werden und vor allem die Entstehung von „wilden" Flüchtlingscamps, wie in Paris und Calais, verhindert werden. Die Maßnahmen, die in Frankreich nötig erschienen, setzten somit sehr viel mehr an einer Ebene der elementaren Bedürfnisse an. Die Unterscheidung zwischen Personen mit und ohne legitimem Schutzanspruch geschah in Deutschland unter den Schlagwörtern „gute Bleibeperspektive"[31] bzw. „niedrige Schutzquote"[32], in Frankreich dagegen als „Kampf gegen irreguläre Immigration".[33] Die verstärkte Rückführung von abgelehnten Asylsuchenden nahmen sich beide Regierungen zum Ziel. Deutschland plante zudem, die Asylverfahren von Bewerbern mit geringer Bleibeperspektive zu verkürzen, Frankreich kündigte ein verstärktes Vorgehen gegen Schleuserkriminalität, verbesserte Maßnahmen zur Rückkehrhilfe sowie eine intensivere Kooperation mit den Herkunftsstaaten an. Logische Konsequenz aus der Unterscheidung zwischen guter und schlechter Bleibeperspektive und somit ebenfalls zentral für die deutsche Regierung war die Erleichterung der Integration für die Menschen, die eine gute Aussicht auf positiven Ausgang des Asylverfahrens haben oder schon als Flüchtling anerkannt sind. Somit waren Maßnahmen wie Integrations- und Sprachkurse, Verbesserungen in der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und Rückführungsverbote während der Ausbildung für jugendliche Asylsuchende hierbei wesentlich, wohingegen der Plan der französischen Regierung keinerlei Maßnahmen für die Integration vorsah.[34]

---

[31] „Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 18. Juni 2015". In: *bundesregierung.de*. 18.06.2015 http://tinyurl.com/jcb3qeu [Stand: 03.08.2016].

[32] Ibd.

[33] „Compte rendu du Conseil des ministres du 17 juin 2015. Répondre à la crise des migrants : respecter les droits, faire respecter le droit". In: *gouvernement.fr*. 17.06.2015. http://tinyurl.com/hldhh9l [Stand: 03.08.2016].

[34] Vgl. „Besprechung der Bundeskanzlerin am 18. Juni 2015", „Bund und Länder vereinbaren auf Flüchtlingsgipfel ‚Aktionsplan'". In: *sueddeutsche.de.* 18.06.2015. http://tinyurl.com/hlauvlh [Stand: 03.08.2016], „Compte rendu du Conseil des ministres", „Le plan timide du gouvernement face au drame des

Die Verhinderung der Einreise von Migranten war das Ziel der französischen Regierung, als sie im Juni 2015 zwischen 150 und 200 Personen, vor allem aus Eritrea und Sudan, am italienisch-französischen Grenzübergang Ventimiglia die Einreise nach Frankreich verwehrte. Innenminister Cazeneuve begründete dieses Vorgehen, das von der italienischen Regierung hart kritisiert wurde, mit dem Dublin-Abkommen, das Italien als Erstaufnahmeland in der EU dazu verpflichtet, die Asylverfahren der betroffenen Personen durchzuführen. Die „gestrandeten" Migranten warteten in provisorischen Camps auf eine Möglichkeit der Weiterreise, bis diese am 30. September 2015 von den italienischen Behörden mit der Begründung des Diebstahls von Wasser und Elektrizität aufgelöst wurden.[35]

Im August musste Bundesinnenminister de Maizière seine Prognose für die Zahl der Asylanträge in Deutschland im Jahr 2015 von 450 000, wie noch im Mai erwartet, auf bis zu 800 000 anpassen. Grund dafür sei ein „nicht vorhersehbare[r] dramatische[r] Anstieg der Einreisezahlen seit Juni und Juli 2015".[36] In diesem Zusammenhang rief er erneut die bereits beschlossenen oder geplanten Maßnahmen zur Beschleunigung und Verbesserung der Asylverfahren ins Gedächtnis. Er forderte zudem eine Reform des Dublin-Systems, das regelt, welcher EU-Mitgliedsstaat die Bearbeitung eines Asylantrags übernimmt.[37]

Im Verhalten der französischen und deutschen Regierung zu Beginn der Flüchtlingskrise zeichnen sich also erste Parallelen, sowohl in der Form der Maßnahmen als auch in der Zielsetzung (Verbesserung der Abläufe, Reduktion der Immigration von Personen ohne Schutzanspruch), ab. Der bedeutendste Unterschied ist wohl der Fokus, den die deutsche Regierung zu diesem Zeitpunkt auf die Integration von Menschen mit guter Bleibeperspektive setzt, während die französische Regierung versucht, die grundlegendsten Bedürfnisse der Asylsuchenden, z.B. nach angemessener Unterkunft, zu erfüllen, und zugleich die Priorität bei restriktiven Maßnahmen sieht.

---

migrants". In: *lemonde.fr.* 17.06.2015. http://tinyurl.com/nsy2uaw [Stand: 03.08.2016], „Migrants: le plan Cazeneuve jugé ‚timoré'". In: *Le Figaro*. 18.06.2015, S. 9.

[35] Vgl. „À la frontière franco-italienne, l'évacuation du camp de migrants de Vintimille est terminée". In: *lemonde.fr*. 30.09.2015. http://tinyurl.com/njetrg9 [Stand: 03.08.2016], „La France somme l'Italie de prendre en charge les migrants de Vintimille". In: *figaro.fr.* 15.06.2015. http://tinyurl.com/jkrh7ts [Stand: 03.08.2016].

[36] „Zahl der Asylbewerber erreicht neues Allzeithoch". In: *bmi.bund.de*. 19.08.2015. http://tinyurl.com/zhbujnt [Stand: 03.08.2016].

[37] Vgl. ibd.

4.2 Der „Dschungel von Calais“: eine französische Besonderheit

Als eine Besonderheit in der französischen Flüchtlingssituation und auch europaweit als solche mediatisiert kann der sogenannte „Dschungel von Calais“ gelten. Hierbei handelt es sich um inoffizielle Camps von Migranten, die in der Umgebung der Hafenstadt Calais auf eine Gelegenheit warten, illegal über den Eurotunnel nach Großbritannien zu gelangen. Seit der Eröffnung des Tunnels 1994 hielten sich stets mehrere Hundert bis Tausend Migranten in und um Calais auf und versuchten, den Tunnel zu Fuß oder heimlich in LKWs zu durchqueren, wobei jedes Jahr zahlreiche Migranten starben. Von 1999 bis 2002 wurden die Migranten in einer Unterkunft beherbergt; diese musste jedoch schließen, weil sie mit der großen Zahl an Menschen überfordert war, und keine Anreize geschaffen werden sollten, nach Calais zu kommen. Nach der Schließung entstanden dennoch zahlreiche illegale Camps in den umgebenden Wäldern und nahe des Tunnels. Das größte dieser Camps, der sogenannte „Dschungel“, wurde 2009 unter Nicolas Sarkozy evakuiert. Kleinere Camps entstanden jedoch auch weiterhin und es folgten Jahre der regelmäßigen Auflösung dieser Lager durch die Sicherheitskräfte, gefolgt von der Entstehung neuer Camps. Im Januar 2015 wurde das *Centre Jules Ferry* geöffnet, eine Art Tagesunterkunft, wo die Migranten mit Mahlzeiten, sanitären Anlagen und medizinischer Pflege versorgt werden. Im April 2015 wurden alle Migranten aus der Innenstadt Calais‘ evakuiert und eine Fläche von 18 Hektar wurde zur Verfügung gestellt, um dort neue Camps zu errichten. Dieses neue Camp wird auch *„nouvelle jungle de Calais“* genannt. Die humanitären Bedingungen vor Ort sowie der Umgang der Regierung mit der Situation sind seit Jahren Gegenstand heftiger Kritik, unter anderem von Menschenrechtsorganisationen und freiwilligen Hilfsorganisationen.[38]

Das staatliche Handeln in Calais im hier untersuchten Zeitraum ab Juni 2015, aber auch zuvor, basiert auf drei Säulen: erstens die Aufrechterhaltung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung, zweitens humanitäre Überlegungen und die Wahrung der Rechte der Migranten und drittens der Kampf gegen illegale Migration und gegen Schleuserkriminalität. Für die Umsetzung dieser Ansprüche können zwei praktische Hauptziele identifiziert werden: die Hinderung der Migranten an der Durchquerung des Eurotunnels sowie die offizielle Steuerung der Migration in geregelten Verfahren, womit

[38] Vgl. „A Calais, quinze ans d'impuissance de l'Etat“. In: *lemonde.fr*. 23.10.2014. http://tinyurl.com/lcfmrvq [Stand: 18.07.2016], „Le bidonville de Calais, ‚Sangatte sans toit‘“. In: *lemonde.fr*. 03.04.2015. http://tinyurl.com/jm8lbzg [Stand: 18.07.2016].

auch allgemein der Kampf gegen illegale Migration verknüpft ist. Hinzu kommen humanitäre Akutmaßnahmen vor Ort.

Diese Ziele wurden wiederholt in offiziellen Stellungnahmen der Regierung kommuniziert, beispielsweise im Rahmen von Valls‘ Besuch in Calais am 31. August 2015, als er *„humanité, responsabilité, fermeté“*[39] in Calais, aber auch im Umgang mit der Flüchtlingskrise im Allgemeinen forderte. Auch Innenminister Cazeneuve betonte die Wichtigkeit, Sicherheitsmaßnahmen mit der Wahrung der Rechte der Migranten zu verknüpfen, im Rahmen der Unterzeichnung eines Abkommens mit Großbritannien am 20. August 2015 über die Zusammenarbeit in Calais sowie bei seinem Besuch in Calais am 22. Oktober 2015. Konkrete Maßnahmen, die für die Umsetzung dieser Ziele getroffen wurden, schlossen unter anderem eine bessere Sicherung des Eurotunnels ein, sodass die Zahl der Toten minimiert sowie die Grenze kontrolliert und die illegale Einwanderung nach Großbritannien reduziert wurden. Die Umsetzung dieser Maßnahmen hatte zur Folge, dass von offizieller Seite im Februar 2016 bereits seit mehreren Monaten kein Eindringen in den Tunnel registriert worden war. Der Reduktion illegaler Migration dienten auch die zusätzlichen Sicherheitskräfte, die außerdem die öffentliche Ordnung und Sicherheit garantieren sollten. Auch die intensivere Umsetzung von Rückführungen sowie die Zerschlagung von Schleuserringen fügten sich in den Kampf der Regierung gegen illegale Migration ein. So konnten 2015 28 solcher Ringe zerschlagen werden, doppelt so viele wie 2014. Ein zentraler Punkt in den Maßnahmen der Regierung war die Regelung der Migration in offiziellen Verfahren. So wollte die Regierung eine größere Zahl der Migranten in Calais davon überzeugen, einen Antrag auf Asyl in Frankreich zu stellen und somit im Rahmen des Verfahrens in offizielle Unterkünfte umzuziehen, statt auf eine Weiterreise nach Großbritannien zu hoffen. Dafür wurden spezielle Einrichtungen in Calais geschaffen, die über das Asylverfahren in Frankreich aufklären und wo ein Antrag gestellt werden kann. Schließlich engagierte sich die Regierung in Calais, um die humanitäre Situation zu verbessern. Neben dem *Centre Jules Ferry,* dessen Ausstattung nach und nach erweitert wurde und dem außerdem eine spezielle Unterkunft für besonders schutzbedürftige Frauen und Kinder hinzugefügt wurde, wurde Anfang 2016 ein Containerlager mit 1 500 Plätzen errichtet.[40]

---

[39] „Discours du Premier ministre“.

[40] Vgl. „Calais : responsabilité, humanité et mobilisation de l'État“. In: *gouvernement.fr*. 22.10.2015. http://tinyurl.com/jb4whck [Stand: 18.07.2016], „Calais : Valls annonce la construction d’un nouveau campement humanitaire d’ici à 2016“. In: *lemonde.fr*. 31.08.2015. http://tinyurl.com/o3afhyb [Stand: 18.07.2016], „Crise des migrants à Calais“. In: *gouvernement.fr*. 20.08.2015. http://tinyurl.com/h379lz8

Nachdem die Zahl der Migranten in Calais von 6 000 auf etwa 3 700 reduziert werden konnte, entschied die Regierung im Februar 2016, den südlichen Teil des „Dschungels“ zu evakuieren und abzureißen, da dort viele der Zelte und improvisierten Unterkünfte nicht mehr bewohnt wurden. Die 800 bis 1 000 von der Evakuierung betroffenen Personen sollten in offizielle Unterkünfte in ganz Frankreich gebracht werden. Diese Maßnahme wurde scharf von den Hilfsorganisationen vor Ort kritisiert, da diese die Gesamtzahl der Migranten in Calais auf 7 000 und die von der Evakuierung Betroffenen auf mehr als 3 400 schätzten und somit nicht ausreichend alternative Unterkunftsmöglichkeiten zu Verfügung stünden.[41]

Auffallend im Handeln der Regierung in Calais ist die geringe staatliche Eigeninitiative bei humanitären Maßnahmen. Dies zeigt auch die Tatsache, dass der Staat zweimal durch Gerichtsurteile zu humanitären Handlungen veranlasst werden musste.[42]

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es dem französischen Staat in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht gelungen ist, die Situation in Calais unter Kontrolle zu bringen. Die Frage des „Dschungels von Calais“ steht im Zentrum des Konfliktes, dass die Mehrzahl der Migranten nach Großbritannien gelangen will, dessen Grenzen ihnen jedoch verschlossen sind. Die Migranten, die zumeist an keinem Asylverfahren in Frankreich interessiert sind, ballen sich deshalb in Calais. Der französischen Regierung blieben also nur zwei Möglichkeiten, um das Problem zu lösen: selbst die Grenzen schließen und die Migranten an der Einreise nach Frankreich hindern, was jedoch aufgrund der Schengen-Bestimmungen nicht möglich ist, oder ein Asylsystem und Bedingungen schaffen, die attraktiv genug sind, dass die Migranten auch in Frankreich Asyl beantragen würden. Das steht jedoch im Widerspruch mit der französischen Position, keine Anreize für eine Fluchtmigration nach Frankreich schaffen zu wollen. „Calais“ ist mit seinen

---

[Stand: 18.07.2016], „Crise migratoire : Valls à Calais pour affirmer le rôle de la France“. In: *lemonde.fr*. 31.08.2015. http://tinyurl.com/ojc5lez [Stand: 18.07.2016], „Financements européens pour un campement humanitaire à Calais“. In: *gouvernement.fr*. 31.08.2015. http://tinyurl.com/h28tram [Stand: 18.07.2016], „Migrants – Calais“. In: *gouvernement.fr*. 30.07.2015. http://tinyurl.com/jh3ats9 [Stand: 18.07.2016], „Migrants de Calais : ce que dit l'accord France / Grande-Bretagne“. In: *tempsreel.nouvelobs.com*. 21.08.2015. http://tinyurl.com/hlrdnmo [Stand: 18.07.2016], „Situation à Calais“. In: *gouvernement.fr*. 23.02.2016. http://tinyurl.com/jyro3mj [Stand: 18.07.2016].

[41] Vgl. „Calais : faire en sorte que plus personne ne vive dans des conditions indignes“. In: *gouvernement.fr*. 15.02.2016. http://tinyurl.com/gm9ygjx [Stand: 18.07.2016], „Calais : la ‚jungle’ en partie démantelée dans un climat de tension“. In: *lefigaro.fr*. 29.02.2016. http://tinyurl.com/jpbjyhn [Stand: 18.07.2016], „Calais : les limites des solutions d’hébergement proposées aux migrants“. In: *lemonde.fr*. 24.02.2016. http://tinyurl.com/h53at6f [Stand: 18.07.2016], „Situation à Calais“.

[42] Vgl. „‚Jungle‘ de Calais : un arrêté d’expulsion très limité“. In: *lemonde.fr*. 26.02.2016. http://tinyurl.com/jjnzmnn [Stand: 18.07.2016], „L’Etat condamné à agir dans la ‚jungle‘ de Calais“. In: *lemonde.fr*. 02.11.2015. http://tinyurl.com/nw6ganb [Stand: 18.07.2016].

Widersprüchlichkeiten, Problemen und Interessenskonflikten der Regierung deshalb durchaus symbolisch für die Gesamtsituation Frankreichs in Bezug auf Flüchtlinge zu sehen.

4.3 Zuspitzung der Krise: Öffnung Deutschlands und Frankreichs?

Im Sommer 2015 kam es zu einer Beschleunigung der Ereignisse rund um die Flüchtlingskrise. Neben der schwierigen Situation entlang der Westbalkan-Route[43] und anhaltend steigenden Zahlen Geflüchteter erregte die Entdeckung der Leichen von 71 Migranten in einem LKW in Österreich europaweit Aufsehen. Das größte mediale Interesse erhielten jedoch die Fotos von Aylan Kurdi, einem dreijährigen syrischen Jungen, der mit seiner Familie auf der Flucht war und dessen Leichnam an der türkischen Küste angespült wurde. Diese Aufnahmen wurden am 3. September 2015 in zahlreichen Medien weltweit veröffentlicht, woraufhin viele Regierungschefs vermehrte humanitäre Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik ankündigten.[44]

Noch vor diesem Ereignis, aber im Kontext steigender Flüchtlingszahlen, zunehmender Überlastung der Staaten entlang der Westbalkan-Route und damit verbundener humanitärer Notsituationen erfolgte die Reaktion des BAMF, als es am 21. August 2015 in einem internen Erlass seinen Mitarbeitern zu verstehen gab, die Rückführung von syrischen Asylsuchenden in den Erstaufnahmestaat im Rahmen des Dublin-Systems auszusetzen. Grund hierfür seien vor allem humanitäre Überlegungen angesichts der Überforderung der Haupterstaufnahmeländer Italien und Griechenland mit den hohen Zahlen ankommender Geflüchteter.[45]

Am 31. August 2015 fand die jährliche Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel statt. Angesichts der aktuellen Entwicklungen stellte sie der eigentlichen Pressekonferenz einen Redebeitrag zur Flüchtlingssituation voran. Dabei stellte sie den humanitären Gedanken in den Mittelpunkt: Die Achtung des Grundrechts auf Asyl sowie der Menschenwürde müsse Priorität haben. Bei der Umsetzung forderte Merkel Flexibilität. Außerdem betonte sie die Kapazität Deutschlands, mit dieser Krise umzugehen, wobei das

[43] Siehe hierzu Kapitel 2 im Detail.

[44] Vgl. „Aylan Kurdi, drei Jahre alt, ertrunken im Mittelmeer“. In: *sueddeutsche.de.* 03.09.2015. http://tinyurl.com/hramo4b [Stand: 14.07.2016], „Tote Flüchtlinge vermutlich aus Syrien - drei Festnahmen“. In: *faz.net.* 28.08.2015. http://tinyurl.com/oqelzgq [Stand: 14.07.2016].

[45] Vgl. „Deutschland setzt Dublin-Regeln für aus Syrien Flüchtende aus“. In: *tagesspiegel.de*. 25.08.2015. http://tinyurl.com/jpndm76 [Stand: 14.07.2016], „Verfahrensregeln zur Aussetzung des Dublinverfahrens für syrische Staatsangehörige“. Az. 411 - 93605/Syrien/2015, 21.08.2015. http://tinyurl.com/hbotbqt [Stand: 14.07.2016].

berühmt gewordene Zitat „Wir schaffen das“ eine zentrale Rolle spielte. Bei genannten innenpolitischen Maßnahmen waren erneut die Verbesserung der Verfahrensabläufe durch mehr Erstaufnahmeeinrichtungen, schnellere Feststellung der Bleibeperspektive sowie eine faire Verteilung der finanziellen Belastung zwischen Bund und Ländern einerseits sowie Bemühungen zur besseren Integration andererseits zentral. Merkel betonte darüber hinaus die Bedeutung der Bekämpfung von Fluchtursachen[46] sowie der europäischen Dimension. Manuel Valls hielt fast zum selben Zeitpunkt, am 30. August 2015, die Abschlussrede der Sommeruniversität des PS, kam jedoch nicht auf die Flüchtlingskrise zu sprechen. Einen Tag später legte er in seiner Rede in Calais die Grundprinzipien staatlichen Handelns in der Flüchtlingskrise fest.[47] Nachdem Merkel und Hollande – wie auch Valls – wiederholt gemeinsames Handeln auf EU-Ebene gefordert hatten, veröffentlichten sie am 3. September 2015 einen gemeinsamen Brief[48] an die EU-Kommission und den Europäischen Rat.[49]

Nachdem die ungarische Regierung Geflüchteten die Weiterreise per Zug verwehrt hatte und sich Tausende Menschen daraufhin zu Fuß auf den Weg Richtung Österreich machten, setzte die ungarische Regierung Busse ein, um die Menschen an die Grenze zu Österreich zu transportieren. Aus diesem Anlass trafen die ungarische, die österreichische und die deutsche Regierung am 5. September 2015 eine Absprache, dass Österreich und Deutschland die Betroffenen exzeptionell aufnehmen würden, womit das Dublin-Verfahren de facto ausgesetzt wurde. Diese Entscheidung, die von Angela Merkel ohne weitere Konsultationen getroffen wurde, wurde vor allem vonseiten der CSU hart kritisiert und stand am Beginn einer Reihe von Uneinigkeiten innerhalb der Union in Bezug auf die Flüchtlingsthematik.[50]

Unter diesem Eindruck fand einen Tag später das Koalitionstreffen statt, auf dem über ein Maßnahmenpaket zur Bewältigung der Flüchtlingskrise beraten wurde.[51]

---

[46] Siehe hierzu Kapitel 4.7 im Detail.

[47] Siehe hierzu Kapitel 4.2 im Detail.

[48] Siehe hierzu Kapitel 4.5 im Detail.

[49] Vgl. „Discours du Premier ministre“, „Merkel wird deutlich“. In: *Zeit Online*. 31.08.2015. http://tinyurl.com/nkwhgkh [Stand: 15.07.2016], „Merkel: ‚Wir schaffen das‘“. In: *faz.net.* 31.08.2015. http://tinyurl.com/omf7td3 [Stand: 15.07.2016], „Migrants : Paris et Berlin veulent des quotas contraignants d'accueil en Europe“. In: *lefigaro.fr.* 03.09.2015. http://tinyurl.com/hv48vk4 [Stand: 15.07.2016], „Sommerpressekonferenz“.

[50] Vgl. Fix, Liana: „Eine deutsche Metamorphose. Vom unsicheren Kantonisten zur europäischen Führungsmacht“. In: *Internationale Politik.* Band 70, Heft 6 (2015), S. 56-59, hier S. 56f., „Flüchtlinge werden auf ganz Deutschland verteilt“. In: *Zeit Online*. 05.09.2015. http://tinyurl.com/pen478w [Stand: 14.07.2016], Luft, *Flüchtlingskrise*, S. 69, „München, Frankfurt und Saalfeld erwarten Flüchtlingszüge“. In: *faz.net.* 05.09.2015. http://tinyurl.com/opzbzvz [Stand: 14.07.2016].

[51] Siehe hierzu Kapitel 4.4.1 im Detail.

Nach der Einreise mehrerer Hunderttausend Geflüchteter Anfang September entschied sich die Bundesregierung am 13. bzw. am 16. September 2015, Kontrollen an den Grenzen zu Österreich sowie zu Frankreich einzuführen, um die Zahl der nach Deutschland einreisenden Geflüchteten zu begrenzen und das Dublin-System wieder durchzusetzen. Die Grenzkontrollen wurden Ende Oktober 2015, Mitte November 2015 sowie erneut Mitte Februar 2016 verlängert. Da die Aufnahme der Migranten aus Ungarn nur eine vorübergehende Maßnahme war und zudem auch nach Einführung der Grenzkontrollen Sonderzüge aus Österreich Geflüchtete ohne Kontrollen nach Deutschland brachten, muss die Klassifizierung dieser Handlungsweise als Kehrtwende in der deutschen Flüchtlingspolitik relativiert werden. Diese Maßnahme ist vor allem im Hinblick auf ihre symbolische Wirkung, unter anderem auf die restlichen europäischen Staaten, zu werten.[52] Auch Präsident Hollande gab wenig später, am 7. September 2015, eine Pressekonferenz. Wie Angela Merkel maß auch er der Flüchtlingsthematik eine zentrale Rolle bei und widmete ihr gut die Hälfte seiner den Fragen vorangestellten Rede. Die Debatte um den toten Flüchtlingsjungen Aylan Kurdi nahm er zum Anlass, die Werte der *„humanité“* und der *„responsabilité“* zu betonen. Wie Merkel stellte auch er die Bedeutung des Grundrechts auf Asyl in den Mittelpunkt und stellte außerdem die historische Kontinuität heraus, in der Frankreich dieser Verpflichtung nachgehen müsse. In diesem Kontext ist auch das französische Engagement zu sehen, innerhalb von zwei Jahren 24 000 Flüchtlinge im Rahmen eines europäischen Verteilungssystems aufzunehmen. Davon abgesehen wies Hollande ausdrücklich darauf hin, dass die Krise nur auf europäischer und globaler Ebene bewältigt werden könne.[53] Direkt im Anschluss an die Flüchtlingsthematik, ohne jedoch einen direkten Bezug herzustellen, sprach Hollande vom Kampf gegen den Terrorismus in anderen Ländern und in Frankreich selbst. Innenminister Cazeneuve kündigte außerdem an, dass Frankreich 1 000 Geflüchtete aus Deutschland als Notfall aufnehmen würde, um die deutschen Aufnahmekapazitäten zu entlasten.[54]

---

[52] Vgl. „Bundesregierung verlängert Grenzkontrollen bis Mitte Mai“. In: *zeit.de.* 11.02.2016. http://tinyurl.com/hvubswu [Stand: 07.08.2016], „Deutschland führt wieder Grenzkontrollen ein“. In: *faz.net.* 13.09.2015. http://tinyurl.com/qanvybb [Stand: 15.07.2016], „Deutschland verlängert Grenzkontrollen“. In: *sueddeutsche.de.* 28.10.2015. http://tinyurl.com/zrpodqe [Stand: 07.08.2016], Fix, „Deutsche Metamorphose“, S. 58, „Kontrollen an den Grenzen, Bahnverkehr von und nach Österreich eingestellt“. In: *sueddeutsche.de.* 13.09.2015. http://tinyurl.com/jth5g5o [Stand: 15.07.2016], „L’Allemagne ‚renforce’ ses contrôles sur une partie de la frontière avec la France“. In: *lemonde.fr.* 16.09.2015. http://tinyurl.com/q94hm4v [Stand: 07.08.2016].

[53] Siehe hierzu Kapitel 4.5 im Detail.

[54] Vgl. „Ce qu'il faut retenir de la conférence de presse de François Hollande“. In: *lefigaro.fr.* 07.09.2015. http://tinyurl.com/gndme6l [Stand: 14.07.2016], „Faire face à l'afflux des réfugiés avec humanité et responsabilité“. In: *gouvernement.fr.* 10.09.2015. http://tinyurl.com/jeo5eof [Stand: 14.07.2016], „La France

In seiner Rede vor der Nationalversammlung am 16. September 2015 griff Manuel Valls viele der von Hollande angesprochenen Punkte wieder auf. Im Anschluss an die Erwähnung des Grundrechts auf Asyl und der Bedeutung humanitärer Überlegungen legte Valls jedoch erneut den Fokus auf die *„fermeté“* und den Kampf gegen illegale Migration: *„Nous devons agir en suivant des principes : humanité et solidarité, mais aussi sérieux, fermeté, et maîtrise“.*[55] Wie François Hollande ging auch Valls vor allem auf europäische Lösungswege ein. Statt geplante Maßnahmen vorzustellen, beschränkte sich Valls jedoch darauf, darzulegen, inwiefern Frankreich bereits seit mehreren Jahren eine europäische Lösung zu erwirken versuchte.[56]

Die Ereignisse im August und Anfang September 2015 hatten also Auswirkungen in Deutschland wie in Frankreich. Während Deutschland jedoch konkrete Handlungen mit sofortiger Wirkung vornahm, z.B. mehreren Tausend Geflüchteten Aufnahme gewährte, verpflichtete sich Frankreich lediglich zur langfristigen Aufnahme der von der EU festgelegten Zahl. Von den 24 000 Flüchtlingen, die innerhalb von zwei Jahren aufgenommen werden sollten, waren bis Anfang März 2016 jedoch erst circa 300 in Frankreich angelangt. Auch in den offiziellen Regierungserklärungen lassen sich Unterschiede erkennen: Während Merkel die Menschlichkeit durchgehend über andere Überlegungen stellt, wird diese von Hollande und noch deutlicher von Valls stets relativiert. Auch Angela Merkel befürwortet die genaue Feststellung, wer Anrecht auf Asyl hat, bei ihr wird jedoch erneut die Unterscheidung gute / schlechte Bleibeperspektive getroffen, während Hollande und Valls vom Kampf gegen irreguläre Migration sprechen. In Deutschland wie in Frankreich lassen sich zu Beginn September 2015 bereits Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Mitgliedern der Exekutive erkennen. Während dies in Frankreich jedoch nur an Details festzumachen ist, treten in Deutschland Konflikte offen auf.

---

va accueillir en urgence un millier de réfugiés ‚syriens, irakiens et érythréens’“. In: *lemonde.fr.* 07.09.2015. http://tinyurl.com/nj53oqd [Stand: 14.07.2016], Wiegel, Michaela: „So nah, so fern. Die Franzosen bezweifeln, noch mehr Einwanderer integrieren zu können“. In: *Internationale Politik.* Band 70, Heft 6 (2015), S. 44-48, hier S. 44, 46, „6e conférence de presse du président de la République“. In: *elysee.fr.* 07.09.2015. http://tinyurl.com/hqmfycm [Stand: 14.07.2016].

[55] „Discours de Manuel Valls, Premier ministre. L’accueil des réfugiés en France et en Europe“. In: *gouvernement.fr.* 16.09.2015. http://tinyurl.com/jz5ab8c [Stand: 14.07.2016].

[56] Vgl. „Discours de Manuel Valls“, „Migrants : Manuel Valls adresse un discours de fermeté aux Français“. In: *lemonde.fr.* 17.09.2015. http://tinyurl.com/h483q5k [Stand: 14.07.2016], „Réfugiés : Manuel Valls entre solidarité et fermeté“. In: *lefigaro.fr. 16*.09.2015. http://tinyurl.com/gspjrr5 [Stand: 14.07.2016], „Réfugiés : ‚Nous devons agir en suivant des principes : humanité, solidarité, mais aussi sérieux et maîtrise’“. In: *gouvernement.fr.* 16.09.2015. http://tinyurl.com/gws8jcw [Stand: 14.07.2016].

4.4 Reaktionen auf der Ebene der Gesetzgebung

4.4.1 Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz: „Asylpaket I“

Als seit dem Sommer 2015 stetig wachsende Zahlen nach Deutschland einreisender Geflüchteter zunehmend die deutschen Behörden belasteten, reagierte die Bundesregierung auch auf gesetzlicher Ebene. Nachdem bei einem Koalitionstreffen am 9. September die wichtigsten Ziele festgelegt worden waren und auf einem Bund-Länder-Gipfel am 24. September mit den Landesregierungen abgestimmt worden waren, beschloss das Kabinett am 30. September einen Gesetzesvorschlag, dem Bundestag und Bundesrat am 15. und 16. Oktober zustimmten. Dieses „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ trat somit am 24. Oktober nach einem extrem kurzen Verfahren in Kraft.[57]

Ziel des Gesetzes ist die Bewältigung der außergewöhnlich hohen Zahlen Asylsuchender. Dies sollte auf drei Wegen geschehen: durch eine Reduktion der Asylbewerberzahlen, durch Verbesserungen in den administrativen Abläufen der Verfahren und durch eine langfristige Integration der Bleibenden.

Die Reduktion der Asylbewerberzahlen sollte zunächst dadurch erreicht werden, dass mehr Menschen von der Immigration nach Deutschland abgehalten werden. Hierfür sollten „Fehlanreize“, wie Bargeldleistungen in Erstaufnahmeeinrichtungen oder gleichbleibend hohe Sozialleistungen nach Verstreichen des Ausreisetermins von Ausreisepflichtigen, beseitigt werden. Auch das Beschäftigungsverbot für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten während des Verfahrens diente diesem Zweck. Außerdem dehnte das Gesetz den Kreis derer aus, deren Antrag auf Asyl leichter abgelehnt werden kann, indem Kosovo, Albanien und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt wurden (was zugleich die Menschen vor Ort von einer Immigration nach Deutschland abhalten sollte). Zudem sollten die Bemühungen bei der Rückführung von Ausreisepflichtigen verstärkt werden. So wurde die Aussetzung der Rückführung aus humanitären Gründen von sechs auf maximal drei Monate gesenkt.[58]

---

[57] Vgl. „Bundesregierung legt Gesamtkonzept vor“. In: *bundesregierung.de.* 07.09.2015. http://tinyurl.com/jh2javh [Stand: 15.07.2016], „Bundestag stimmt neuer Asylgesetzgebung zu“. In: *faz.net.* 15.10.2015. http://tinyurl.com/ncx8fql [Stand: 15.07.2016], „Das neue deutsche Asylrecht“. In: *faz.net.* 30.09.2015. http://tinyurl.com/q9frnqb [Stand: 15.07.2016], „Effektive Verfahren, frühe Integration“. In: *bundesregierung.de*. 26.10.2015. http://tinyurl.com/hxlyhxr [Stand: 15.07.2016].

[58] Vgl. „Analyse: Von Gut und Böse in der Flüchtlingspolitik“. In: *sueddeutsche.de.* 25.09.2015. http://tinyurl.com/zat6jkd [Stand: 15.07.2016], „Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am 24. September 2015“. In: *bundesregierung.de.* 24.09.2015. http://tinyurl.com/hhgtk4c [Stand: 15.07.2016], „Bundestag stimmt neuer Asylgesetzgebung zu“, „Deutschland macht ernst“. In: *zeit.de.* 15.10.2015.

Die administrativen Abläufe des Asylverfahrens sollten vor allem durch eine vermehrte finanzielle Hilfe des Bundes an die Länder und Kommunen verbessert werden. So verpflichtete sich der Bund zur Zahlung flexibler Pauschalen pro Asylbewerber und Monat, die sich auf circa drei Milliarden Euro jährlich belaufen würden. Zusätzliche 500 Millionen Euro dienten dem sozialen Wohnungsbau, um die Unterbringung der Asylsuchenden zu gewährleisten. Um die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Unterkünfte voll auszuschöpfen, wurden außerdem Abweichungen von Standards, zum Beispiel in Bezug auf energetische Anforderungen, ermöglicht. Auch Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung Geflüchteter wurden verabschiedet.[59]

Darüber hinaus sah das Gesetz einzelne Maßnahmen zur schnellen Integration in den Arbeitsmarkt vor, zum Beispiel die Erhöhung der Mittel für Jobcenter und Integrationskurse sowie die Aufhebung des Leiharbeitsverbots für Asylsuchende bereits nach drei Monaten.[60]

4.4.2 Reaktionen auf die Silvesternacht in Köln

In Reaktion auf die Ereignisse während der Silvesternacht in Köln, in der es zu zahlreichen sexuellen Übergriffen auf Frauen, oft in Verbindung mit Diebstählen, kam, und die vor allem Männern nordafrikanischer Herkunft zugeschrieben werden, verabschiedete die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf „zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern“.[61] Obwohl sich die öffentliche Debatte rund um diese Ereignisse in den Diskurs um die Flüchtlingsthematik einfügte, sollen die Reaktionen der Regierung hier nicht weiter Gegenstand der Analyse sein, da die Herkunft vieler Täter, die Dauer ihres Aufenthaltes sowie ihr genauer Status noch ungeklärt sind und der Vorfall deshalb nicht

---

http://tinyurl.com/nn9qbwd [Stand: 15.07.2016], „Das neue deutsche Asylrecht“, „Dieses neue Asylgesetz soll der Bundestag heute beschließen“. In: *sueddeutsche.de.* 15.10.2015. http://tinyurl.com/hx3ybkv [Stand: 15.07.2016], „Effektive Verfahren, frühe Integration“, „Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes“. In: *bmi.bund.de.* 28.09.2015. http://tinyurl.com/hju2wql [Stand: 15.07.2016], „Helfen kostet“. In*: zeit.de.* 25.09.2015. http://tinyurl.com/jau5wjx [Stand: 15.07.2016], „Merkel: ‚Ein guter Tag für Kommunen‘“. In: *bundesregierung.de.* 24.09.2015. http://tinyurl.com/jo4gyjx [Stand: 15.07.2016], „Neue Milliarden für Flüchtlinge - schärfere Asylregeln“. In: *sueddeutsche.de.* 07.09.2015. http://tinyurl.com/pc2msrt [Stand: 15.07.2016], „Sechs Milliarden Euro mehr für Flüchtlinge“. In: *faz.net*. 07.09.2015. http://tinyurl.com/nv8r7rm [Stand: 15.07.2016].

[59] Vgl. ibd.

[60] Vgl. ibd.

[61] „Aufenthaltsgesetz. § 53 Ausweisung“. In: *dejure.org*. O. D. http://tinyurl.com/zjrwy5d [Stand: 15.07.2016].

uneingeschränkt in Verbindung mit der Flüchtlingskrise gesehen werden kann.[62]

4.4.3 Das Asylpaket II

Um die große Zahl an Asylanträgen bewältigen zu können, bereitete die Bundesregierung kurz nach Inkrafttreten des Asylpakets I einen weiteren Gesetzesvorschlag vor. Nachdem sich die Koalition bereits Anfang November 2015 auf die Grundsätze des Maßnahmenpakets geeinigt hatte, bewirkten zahlreiche Konflikte bezüglich der Details und der Auslegung, dass der Bundestag erst am 25. Februar 2016 über das Gesetz abstimmen konnte. Es trat schließlich am 17. März 2016 in Kraft. Wichtigste Eckpfeiler des Gesetzes waren das beschleunigte Asylverfahren für bestimmte Gruppen von Asylsuchenden, die Begrenzung des Familiennachzugs für Antragsteller mit subsidiärem Schutz sowie Erleichterungen in der Rückführung Ausreisepflichtiger. Somit hat auch dieses Gesetzespaket als wichtigstes Ziel, die Zahl Asylsuchender im Allgemeinen sowie von Asylbewerbern, deren Antrag abgelehnt wurde, in Deutschland zu reduzieren. Abgesehen davon wurden außerdem die monatlichen Leistungen für Asylsuchende gesenkt und Maßnahmen beschlossen, um Minderjährige in Aufnahmeeinrichtungen besser zu schützen.[63]

Das Asylpaket I und noch stärker das Asylpaket II waren Ausdruck der Überlastung deutscher Behörden im Rahmen der Flüchtlingskrise. Während humanitäre Überlegungen kaum mehr eine Rolle spielten und auch die langfristige Integration nur mehr am Rande des Asylpakets I zum Ziel der Maßnahmen erklärt wurde, stand zunehmend die reine Reduktion der Flüchtlingszahlen und schnelle Bewältigung der Antragsverfahren im Mittelpunkt. Außerdem wurden vor allem rund um die Debatte um das Asylpaket II Konflikte innerhalb der Großen Koalition, vor allem auch innerhalb der Union, deutlich.

---

[62] Vgl. „Gemeinsamer Vorschlag von BMI und von BMJV zur erleichterten Ausweisung von Straftätern“. In: *bmi.bund.de*. 12.01.2016. http://tinyurl.com/jcm3gfs [Stand: 15.07.2016], „Straffällige Ausländer leichter ausweisen“. In: *bundesregierung.de.* 17.03.2016. http://tinyurl.com/h2fswto [Stand: 15.07.2016].

[63] Vgl. „Bundestag beschließt Verschärfung der Asylgesetze“. In: *faz.net.* 25.02.2016. http://tinyurl.com/guudkqe [Stand: 15.07.2016], „Koalition beschließt Asyl-Schnellverfahren – keine Transitzonen“. In: *faz.net.* 05.11.2015. http://tinyurl.com/nat9txl [Stand: 15.07.2016], „Koalition einigt sich auf umfassendes Asylpaket“. In: *sueddeutsche.de.* 05.11.2015. http://tinyurl.com/zelwsv3 [Stand: 15.07.2016], „Kürzere Verfahren, weniger Familiennachzug“. In: *bundesregierung.de.* 17.03.2016. http://tinyurl.com/js79w7f [Stand: 15.07.2016], „Viel Härte, wenig Wirkung“. In: *zeit.de.* 25.02.2016. http://tinyurl.com/jea8rgl [Stand: 15.07.2016].

4.5 Der Versuch einer europäischen Lösung I: „Quoten“ und „Hotspots“

Das gemeinsame Asylsystem der EU, unter anderem basierend auf der Dublin-III-Verordnung, hat zur Folge, dass die Mitgliedsstaaten mit sehr unterschiedlichen Zahlen Asylsuchender konfrontiert sind. Hinzu kommt, dass die Asylsysteme der Einzelstaaten untereinander stark variieren und so die Chancen auf Anerkennung als Flüchtling in manchen Staaten sehr viel höher sind als in anderen, was auch zynisch als „Asyllotterie“[64] bezeichnet wird. Diese Probleme, die bereits seit Langem kritisiert wurden, haben sich im Laufe der Flüchtlingskrise 2015 verschärft, als Italien und Griechenland als Haupterstaufnahmestaaten einerseits und Staaten wie Deutschland und Schweden als Hauptzielländer andererseits einem enormen Andrang von Asylsuchenden ausgesetzt waren, während andere Länder wie Frankreich nur einen geringen Anstieg der Asylantragszahlen verzeichneten.[65]

Mit dem Ziel einer gerechteren Verteilung unter allen Mitgliedsstaaten schlug die Europäische Kommission bereits im Mai 2015 ein Quotensystem vor, das nach einem bestimmten Schlüssel Asylsuchende unter den EU-Staaten aufteilen sollte. Zudem sollten Geflüchtete aus Krisenregionen in die EU umgesiedelt werden (*„resettlement“*). Deutschland, das unter Berufung auf das Dublin-III-System vorherige ähnliche Vorschläge stets abgelehnt hatte, trat nun im Kontext der Flüchtlingskrise als Verfechter einer solchen Lösung auf. So versuchte Angela Merkel im Rahmen der EU-Gipfel die Entscheidung für ein derartiges System durchzusetzen. Aufgrund des Widerstands vor allem vonseiten osteuropäischer Staaten gelang es jedoch erst auf dem Innenministertreffen am 20. Juli 2015 auf freiwilliger Basis Zusagen für die Umverteilung von knapp 55 000 Asylsuchenden zu erlangen, womit das Ziel von 60 000 verfehlt wurde. Am 22. September 2015 entschieden die EU-Innenminister per Mehrheitsbeschluss die Umverteilung von 120 000 Asylsuchenden – gegen die Stimmen von Tschechien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei. Die Einrichtung eines dauerhaften, verpflichtenden Mechanismus, wie er von Deutschland gefordert wurde, scheiterte jedoch.[66]

---

[64] Meier-Braun, *Einwanderung und Asyl*, S. 82.

[65] Vgl. Achille, *L'Europe dans l'impasse*, S. 23, Rappold, Julian: „Die Flüchtlingskrise und Europa“. Interview in *Fünf Fragen*. Im Gespräch mit DGAP Online. 19.10.2015. http://tinyurl.com/hcfah93 [Stand: 18.07.2016], Tissier-Raffin, „Crise européenne de l'asile“, S. 2, 10.

[66] Vgl. Achille, *L'Europe dans l'impasse*, S. 39-42, Lehmann, „Flucht in die Krise“, S. 10f., „L'UE s'ouvre à 120.000 migrants, sans quotas“. In: *lefigaro.fr.* 22.09.2015. http://tinyurl.com/jv7sbjx [Stand: 18.07.2016], Meier-Braun, *Einwanderung und Asyl*, S. 79-81, Meyer, Dirk: „Flüchtlingskrise versus Eurokrise – ein Vergleich der politischen Handhabung“. In: *ifo Schnelldienst.* Band 68, Heft 21 (November 2015), S. 18-26,

Wie Deutschland stand auch Frankreich einem Quotensystem bisher ablehnend gegenüber. Nachdem Deutschland sich jedoch schon früh in der Flüchtlingskrise für eine Verteilung aussprach, verweigerte Frankreich eine solche noch länger. So sagte Hollande noch im Mai 2015: *„Il n'est pas question qu'il y ait des quotas d'immigrants parce que nous avons des règles qui sont le contrôle de nos frontières et des politiques de maîtrise de l'immigration"*.[67] Nachdem er sich jedoch auf dem EU-Gipfel am 25. Juni 2015 für freiwillige Beiträge je nach Möglichkeit jedes Landes ausgesprochen hatte, sagte Frankreich Anfang Juli die Aufnahme von 2 375 Asylsuchenden im Rahmen einer Umverteilung innerhalb der EU sowie von 6 752 im Rahmen von Resettlement-Programmen zu. Merkels Forderung nach einem dauerhaften Mechanismus schloss Hollande sich jedoch erst Anfang September an. Bei seiner Pressekonferenz am 7. September 2015 versprach er zudem die Aufnahme von 24 000 Personen, zusätzlich zu den rund 6 000 Neuansiedlungen, was im Rahmen des Innenministertreffens am 22. September bestätigt wurde. Nachdem Frankreich seine offizielle Position geändert hatte, trat Hollande stets an der Seite von Merkel für eine gerechtere Verteilung der Asylbewerber innerhalb der EU ein. Auch die Einrichtung eines dauerhaften und verpflichtenden Mechanismus unterstützte Hollande. Er verwehrte sich hingegen dem Quotenbegriff, da dieser suggeriere, dass das Recht auf Asyl nicht mehr greife, wenn die Quote erst einmal erfüllt wäre.[68]

Als Voraussetzung für die Verteilung von Asylsuchenden innerhalb der EU galt die Einrichtung von Aufnahmezentren an den Orten, wo Geflüchtete zuerst in die EU einreisen. Diese sogenannten Hotspots dienen der Registrierung von Asylsuchenden, damit doppelte Asylanträge vermieden werden können und Personen, deren Antrag unbegründet ist oder abgelehnt wurde, direkt abgewiesen und zurückgeführt werden können. Frankreich legte schon früh großen Wert auf die Einrichtung von Hotspots, die von Beginn an Teil des EU-Konzepts zur Bewältigung der Flüchtlingskrise waren. Im Rahmen des EU-Sondergipfels am 23. September 2015 wurde die Errichtung von elf solcher Zentren in Italien und

---

hier S. 19f., „Warum so erbittert über die Flüchtlingsquote gestritten wird". In: *sueddeutsche.de.* 14.09.2015. http://tinyurl.com/hheenr3 [Stand: 18.07.2016].

[67] „Dialogue de Petersberg : conférence de presse conjointe de François Hollande et Angela Merkel". In: *ambafrance-de.org.* 12.04.2016. http://tinyurl.com/zxg2qwl [Stand: 18.07.2016].

[68] Vgl. „Accord minimal sur les migrants au Conseil de l'UE". In: *lemonde.fr.* 26.06.2015. http://tinyurl.com/j3u38kw [Stand: 18.07.2016], „Déclaration conjointe avec Enda Kenny, Premier ministre d'Irlande". In: *elysee.fr.* 03.09.2015. http://tinyurl.com/hgdcttv [Stand: 18.07.2016], „Migrants : Paris et Berlin valident le plan européen". In: *lemonde.fr.* 10.07.2015. http://tinyurl.com/z6e3q88 [Stand: 18.07.2016], „6e conférence de presse".

Griechenland beschlossen; bis Februar 2016 waren jedoch erst drei davon einsatzbereit.[69] Nach den anfänglichen Monaten der Uneinigkeit bemühten sich Merkel und Hollande um ein gemeinsames Auftreten auf EU-Ebene. So schloss sich Hollande nicht nur Merkels Forderungen nach einem Verteilungsmechanismus an, sondern es wurden gezielt gemeinsame Positionen und Auftritte geschaffen. Dies geschah vor allem während des vorläufigen Höhepunkts der Flüchtlingskrise, im August und September 2015. So wurden im Rahmen von einem Treffen der Innenminister Cazeneuve und de Maizière am 21. August, einem Treffen von Hollande und Merkel am 24. August sowie einem Treffen der Innenminister mit der britischen Amtskollegin Theresa May am 30. August gemeinsame Positionen erarbeitet, die schließlich erneut in einem gemeinsamen Brief von Merkel und Hollande vom 3. September an die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission sowie an den Vorsitzenden des Rates der Europäischen Union bekräftigt wurden. Neben der gerechten Verteilung Asylsuchender innerhalb der EU, begleitet von der schnellen Einrichtung von Hotspots, forderten sie vor allem die Durchsetzung des gemeinsamen europäischen Asylsystems, Maßnahmen zur effektiveren Rückführung, eine gemeinsame Liste sicherer Herkunftsstaaten, ein intensiveres Vorgehen gegen Schleuserkriminalität, vermehrte Unterstützung derjenigen Länder, die in Krisenregionen die Hauptlast Geflüchteter tragen, sowie eine intensive Vorbereitung des EU-Afrika-Gipfels am 11. und 12. November 2015. Ein weiteres Symbol der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Flüchtlingsfrage sandten die beiden Länder, als Merkel und Hollande am 7. Oktober 2015 gemeinsam vor dem EU-Parlament sprachen und ihre Forderungen wiederholten.[70]

---

[69] Vgl. Europäische Kommission (Hg.): *Ein Hotspot – Konzept zur Steuerung außergewöhnlicher Migrationsströme.* O. O., o. V., o. D., http://tinyurl.com/jpccm7z [Stand: 19.07.2016], Europäische Kommission (Hg.): *Europäische Migrationsagenda 2015 – vier Schwerpunkte für eine bessere Steuerung der Migration*. O. O., o. V., 2015. http://tinyurl.com/jmvh6b9 [Stand: 18.07.2016], Lehmann, „Flucht in die Krise“, S. 10, „Press Release - Implementing the European Agenda on Migration: Commission reports on progress in Greece, Italy and the Western Balkans“. In: *ec.europa.eu.* 10.02.2016. http://tinyurl.com/j26ej3k [Stand: 18.07.2016], „6e conférence de presse“.

[70] Vgl. „Communiqué de presse commun de Bernard Cazeneuve, Thomas de Maizière et Theresa May“. In: *interieur.gouv.fr.* 30.08.2015. http://tinyurl.com/znr54kz [Stand: 19.07.2016], „Deutsch-französische Initiative. Flüchtlingsfrage gesamteuropäisch lösen“. In: *bundesregierung.de.* 04.09.2015. http://tinyurl.com/gw6r45p [Stand: 19.07.2016], „Discours du président de la République au Parlement européen“. In: *elysee.fr.* 07.10.2015. http://tinyurl.com/gsaxmmh [Stand: 19.07.2016], „EU-Flüchtlingspolitik im Fokus. Bundesinnenminister trifft französischen Innenminister Cazeneuve“. In: *bmi.bund.de.* 21.08.2015. http://tinyurl.com/hgwynfb [Stand: 19.07.2016], „Gemeinsame Asylpolitik in der EU“. In: *bundeskanzlerin.de.* 24.08.2015. http://tinyurl.com/z98k8z2 [Stand: 19.07.2016], Hollande, François / Merkel, Angela: *Brief an Donald Tusk, Jean-Claude Juncker und Xavier Bettel vom 03. September 2015,* siehe Anhang A, S. 52-55, „Hollande und Merkel im Plenum zur Lage der EU“. In: *europarl.europa.eu.* 07.10.2015. http://tinyurl.com/jl3jykw [Stand: 19.07.2016], „Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Hollande vor ihrem Gespräch am 24. August 2015“. In:

Es lässt sich feststellen, dass in den Monaten von Juni bis Oktober 2015 vor allem Angela Merkel auf EU-Ebene Initiative zeigte. Ziel ihrer Forderungen war dabei die konkrete Entlastung der am stärksten betroffenen Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, aber auch langfristige und umfassende Maßnahmen zur Eindämmung von Fluchtbewegungen nach Europa. Frankreichs offizielle Position divergierte zunächst von der deutschen, um sich später doch den deutschen Forderungen anzuschließen. Festzuhalten ist jedoch, dass der französische Fokus stets auf dem Insistieren auf Hotspots lag, um die effektive Sicherung der EU-Außengrenzen sicherzustellen, während diese zwar auch von Merkel gefordert wurden, aber neben dem Verteilungsmechanismus in den Hintergrund rückte.

4.6 Die Flüchtlingspolitik nach den Terroranschlägen in Paris

Nachdem Paris am 13. November 2015 das Ziel terroristischer Anschläge wurde, bei denen 130 Menschen starben, wurde die Debatte rund um die Flüchtlingskrise in Frankreich wie in Deutschland neu angefacht. Als Hollande am 16. November anlässlich der Anschläge vor dem Kongress sprach, zog er eine Verbindung zwischen dem islamistischen Terror und den Fluchtbewegungen nach Europa, indem er herausstellte, dass die Menschen vor genau diesem Terror flüchteten.[71]

Hollande kündigte darüber hinaus verstärkte Luftangriffe in Syrien an, um den Terrorismus zu bekämpfen, aber auch um zu verhindern, dass noch mehr Menschen flüchten müssen. Auch Deutschland sagte infolgedessen Einsätze in Syrien zu.[72]

Als bekannt wurde, dass einer der Täter einen syrischen Pass besaß, und dass mindestens zwei der Täter als Flüchtlinge getarnt über die Balkanroute nach Westeuropa gelangt waren, kritisierten Politiker in Frankreich wie in Deutschland die „Politik der offenen Grenzen“, da die Fluchtmigration nach Europa die Gefahr berge, dass somit auch Terroristen das Land betreten. In Frankreich forderten deshalb hauptsächlich Politiker des rechten politischen Spektrums die Schließung der Grenzen. In Deutschland kamen ähnliche Forderungen vor allem aus der Regierungspartei CSU. So äußerte sich Markus Söder beispielsweise folgendermaßen: „Die Zeit unkontrollierter Zuwanderung und illegaler

---

bundeskanzlerin.de. 24.08.2015. http://tinyurl.com/hy493rm [Stand: 19.07.2016], „Rede von Bundeskanzlerin Merkel am 7. Oktober 2015 vor dem Europäischen Parlament“. In: *bundesregierung.de.* 07.10.2015. http://tinyurl.com/jpdsu2u [Stand: 19.07.2016], „Sofortmaßnahmen wegen verschärfter Flüchtlingssituation notwendig“. In: *bmi.bund.de.* 30.08.2015. http://tinyurl.com/z25hb4q [Stand: 19.07.2016],

[71] Vgl. „Discours du président de la République devant le Parlement réuni en Congrès“. In: *elysee.fr.* 16.11.2015. http://tinyurl.com/p2ko558 [Stand: 20.07.2016].

[72] Siehe hierzu Kapitel 4.7 im Detail.

Einwanderung kann so nicht weitergehen. Paris ändert alles“. Diese Position wurde jedoch von den übrigen Koalitionsparteien CDU und SPD kritisiert und Merkel kündigte keinerlei Veränderungen in der Flüchtlingspolitik an.[73]

Während von offizieller Seite der französischen Regierung keine Verbindung zwischen den Asylsuchenden in Europa und den terroristischen Anschlägen gezogen wurde, ist dennoch ein Richtungswechsel in deren Politik ab November 2015 festzustellen. So sagte Manuel Valls Vertretern der internationalen Presse am 24. November 2015 noch allgemein, dass Europa nicht mehr so viele Migranten aufnehmen könne, und forderte strengere Grenzkontrollen sowie Lösungen, die Geflüchteten ein Verbleiben in ihrer Region ermöglichen. Am 22. Januar 2016 verdeutlichte er, dass die EU nicht alle syrischen und irakischen Asylsuchenden aufnehmen könne, und kritisierte die deutsche Flüchtlingspolitik, die die Fluchtmigration nach Europa zusätzlich verstärke. Am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz vom 12. bis 14. Februar 2016 verschärfte er erneut den Ton und sagte: *„Nous ne sommes pas favorables à un mécanisme permanent de relocalisation. Le temps maintenant est de mettre en œuvre ce qui a été discuté et négocié : des hot spots […], des contrôles aux frontières extérieures, etc. […] La France s'est engagée pour 30 000 réfugiés. Dans le cadre de ces 30 000, nous sommes toujours prêts à accueillir des réfugiés. Mais pas plus“*.[74] Dieser Position widersprach jedoch der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault und auch Hollande zeigte sich beim Treffen mit Angela Merkel am 4. März 2016 in Paris an der Seite Deutschlands. In der gemeinsamen Presseerklärung zu diesem Treffen bekräftigten beide, dass die beiden Länder in der Flüchtlingsfrage zusammenarbeiteten, und forderten einen vermehrten Schutz der europäischen Grenzen. Nachdem Valls einen dauerhaften Verteilungsmechanismus ausgeschlossen hatte, verfolgte auch Merkel die Durchsetzung dieses Plans nicht weiter.[75]

---

[73] Vgl. „Craintes d'une infiltration des routes migratoires par des djihadistes“. In: *lemonde.fr.* 19.11.2015. http://tinyurl.com/hoot6kr [Stand: 20.07.2016], „Des responsables européens font le lien entre les attentats de Paris et les réfugiés“. In: *lemonde.fr.* 14.11.2015. http://tinyurl.com/pez3ajx [Stand: 20.07.2016], „La crise des migrants s'immisce dans le débat sur les attentats“. In: *lemonde.fr.* 16.11.2015. http://tinyurl.com/pfspu5p [Stand: 20.07.2016], „Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des G20-Gipfels in Antalya am 15. November 2015“. In: *bundesregierung.de.* 15.11.2015. http://tinyurl.com/hw764qn [Stand: 20.07.2016], „Söder sieht Grenzschließung jetzt als echte Option“. In: *welt.de.* 14.11.2015. http://tinyurl.com/hmpxe32 [Stand: 20.07.2016], „Wie Merkel in der Türkei für ihre Flüchtlingspolitik wirbt“. In: *sueddeutsche.de.* 15.11.2015. http://tinyurl.com/zey4m9f [Stand: 20.07.2016].

[74] „Crise des réfugiés : Manuel Valls joue la fermeté face à Angela Merkel“. In: *lemonde.fr.* 13.02.2016. http://tinyurl.com/glh8n3t [Stand: 18.07.2016].

[75] Vgl. „Déclaration de presse conjointe de François Hollande et Angela Merkel“. In: *elysee.fr.* 04.03.2016. http://tinyurl.com/hslhvu3 [Stand: 20.07.2016], „Devant Merkel, Hollande assure que la France accueillera 30.000 réfugiés“. In: *lefigaro.fr.* 04.03.2016. http://tinyurl.com/h6v7wwm [Stand: 20.07.2016], „Jean-Marc

4.7 Die Bekämpfung von Fluchtursachen

Die deutsche wie auch die französische Regierung betonten in ihren offiziellen Erklärungen zur Flüchtlingskrise stets die Bedeutung, Fluchtursachen zu bekämpfen, um die Fluchtmigration nach Europa zu vermindern. Finanzielle Mittel zur Entwicklungshilfe mit dem Ziel, die Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten zu verbessern (Bekämpfung struktureller Fluchtursachen) sind hier ebenso zu nennen wie Anstrengungen, politische und militärische Konflikte in Krisenregionen wie Syrien oder dem Irak zu lösen (Bekämpfung akuter Fluchtursachen). Deutschland war hierbei besonders um diplomatische Wege der Konfliktlösung bemüht, zum Beispiel im Rahmen des Atomabkommens mit dem Iran oder im Rahmen der Wiener Konferenzen zur Lösung des Syrien-Konflikts. Neben den diplomatischen Beziehungen, die im untersuchten Zeitrahmen weiter von Deutschland unterhalten wurden, ist an dieser Stelle vor allem auch die Bereitstellung von 400 Millionen € zusätzlicher Mittel des Auswärtigen Amtes für Krisenbewältigung zu nennen, die im Koalitionstreffen am 7. September 2015 beschlossen wurde. Außerdem beteiligte sich Angela Merkel mit dem britischen Premierminister sowie den Regierungschefs aus Norwegen und Kuwait an der Organisation der internationalen Geberkonferenz am 4. Februar 2016 in London mit dem Ziel, finanzielle Mittel bereitzustellen, damit Geflüchtete in ihrer Region bleiben können. Deutschland beteiligte sich mit 2,3 Milliarden Euro bis 2018, Frankreich mit rund einer Milliarde Euro. Konkret der Kooperation mit Herkunfts- und Transitstaaten war der EU-Afrika-Gipfel in Valletta am 12. November 2015 gewidmet. Deutschland und Frankreich maßen diesem Gipfel im Vorhinein große Bedeutung zu.[76]

Ayrault défend la politique d'accueil des réfugiés d'Angela Merkel". In: *lemonde.fr.* 10.03.2016. http://tinyurl.com/hr84qm5 [Stand: 20.07.2016], „L'UE ne peut plus accueillir tant de migrants (Valls)". In: *lefigaro.fr.* 25.11.2015. http://tinyurl.com/j373l7n [Stand: 20.07.2016], „Manuel Valls appelle l'Europe à fermer sa porte aux migrants". In: *lemonde.fr.* 25.11.2015. http://tinyurl.com/jck47un [Stand: 20.07.2016], „Manuel Valls veut prolonger l'état d'urgence ‚jusqu'à ce que nous soyons débarrassés de l'EI'". In: *lemonde.fr.* 22.01.2016. http://tinyurl.com/zu9o2v3 [Stand: 20.07.2016], „Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Hollande". In: *bundeskanzlerin.de*. 04.03.2016. http://tinyurl.com/jx7kbn3 [Stand: 20.07.2016], „Regierungserklärung der Kanzlerin. Europäischen Weg weitergehen". In: *bundesregierung.de.* 17.02.2016. http://tinyurl.com/znuckzq [Stand: 20.07.2016], „Valls: Europa muss Grenzen schließen". In: *sueddeutsche.de.* 24.11.2015. http://tinyurl.com/zh6x6zz [Stand: 20.07.2016].

[76] Vgl. Angenendt, Steffen / Koch, Anne: „Fluchtursachenbekämpfung: Ein entwicklungspolitisches Mantra ohne Inhalt?". In: Perthes, Volker (Hg.): *Ausblick 2016: Begriffe und Realitäten internationaler Politik.* Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016, S. 41-44, hier S. 41f., „Assemblée nationale. XIVe législature. Session ordinaire de 2014-2015. Compte rendu intégral. Première séance du mercredi 17 juin 2015". In: *assemblee-nationale.fr.* 17.06.2015. http://tinyurl.com/jremv4u [Stand: 20.07.2016], „Die Welt gibt neun Milliarden für syrische Kriegsofer [sic!]". In: *faz.net.* 05.02.2016. http://tinyurl.com/h3jg4ox [Stand: 01.08.2016], „Flucht und Asyl: Fakten und Hintergründe. Fragen und Antworten. Fragen zum Thema

Neben den politischen und humanitären Wegen im Kampf gegen die Fluchtursachen spielte jedoch auch das militärische Engagement in beiden Ländern eine Rolle. So führte Frankreich bereits seit 2014 im Rahmen der „Operation Chammal“ Luftschläge gegen den IS im Irak durch. Deutschland ist ebenfalls seit 2014 an Einsätzen im Irak beteiligt, jedoch lediglich durch Lieferung von Material und Waffen sowie durch Ausbildungsmissionen. Im Rahmen seiner Pressekonferenz am 7. September 2015 kündigte Hollande schließlich auch Luftschläge gegen den IS in Syrien an, was Frankreich bisher abgelehnt hatte, da im Gegensatz zum Irak das Land keine Hilfe angefordert hatte. In Reaktion auf die terroristischen Anschläge in Paris weitete Frankreich seinen militärischen Einsatz in Syrien weiter aus und forderte auch die übrigen europäischen Staaten zur Hilfe im Kampf gegen den IS auf. Deutschland sagte daraufhin im Dezember 2015 seine Unterstützung im französischen Einsatz zu, beispielsweise in Form von Aufklärungsflügen, ohne jedoch selbst bewaffnete Einsätze durchführen zu wollen.[77]

Es ist festzustellen, dass sowohl Merkel als auch Hollande bzw. Valls der Bekämpfung von Fluchtursachen vor Ort große Bedeutung zumaßen. Gerade im Bereich der militärischen Einsätze sind im hier untersuchten Zeitrahmen bedeutende Maßnahmen ergriffen worden, zusätzlich zu den bereits laufenden Einsätzen. Initiative bewies hier vor allem Frankreich, während Deutschland weniger militärisches Engagement zeigte, was jedoch im Großen und Ganzen dem allgemeinen Verhalten der beiden Länder bezüglich militärischem Eingreifen entspricht. Vor allem Frankreichs Intensivierung des Einsatzes nach den Anschlägen in Paris ist nur bedingt im Kontext der Flüchtlingskrise zu lesen.

4.8 Der Versuch einer europäischen Lösung II: Kooperation mit der Türkei

Nachdem sich die europäische Flüchtlingsdebatte monatelang auf die sogenannte „Quotenregelung“ sowie die Einrichtung von Hotspots in Griechenland und Italien konzentriert hatte, verschob sich der Fokus ab Oktober 2015 auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Türkei, über die ein Großteil der Asylsuchenden in die EU

‚Was tut die Bundesregierung?‘“. In: *bundesregierung.de.* O. D. http://tinyurl.com/jhoyos2 [Stand: 20.07.2016], „Neuf milliards d'euros pour la Syrie“. In: *liberation.fr.* 04.02.2016. http://tinyurl.com/hh47dn2 [Stand: 01.08.2016], „Sechs Milliarden Euro mehr für Flüchtlinge“, „Une conférence internationale des donateurs pour doubler l’aide aux réfugiés syriens“. In: *lemonde.fr.* 04.02.2016. http://tinyurl.com/zxcfw7v [Stand: 01.08.2016], „6e conférence de presse“.

[77] Vgl. „Der Einsatz im Irak“. In: *einsatz.bundeswehr.de.* 03.05.2016. http://tinyurl.com/zxv8q2u [Stand: 20.07.2016], „Der Einsatz in Syrien/Irak (Türkei)“. In: *einsatz.bundeswehr.de.* 05.04.2016. http://tinyurl.com/glyrymr [Stand: 20.07.2016], Ministère de la Défense (Hg.): *Dossier de presse. Opération Chammal.* O. O., o. V., Juli 2016, „Opération Chammal“. In: *defense.gouv.fr.* 13.07.2016. http://tinyurl.com/znehsjs [Stand: 20.07.2016], „Wie Deutschland Fluchtursachen bekämpft“. In: *tagesspiegel.de.* 13.09.2015. http://tinyurl.com/hkebsqv [Stand: 20.07.2016], „6e conférence de presse“.

gelangte. So beschloss der Europäische Rat gemeinsam mit der türkischen Regierung am 29. November 2015 einen „Aktionsplan“, der zum Ziel hatte, der Türkei verstärkt Unterstützung in der Bewältigung der Flüchtlingskrise zukommen zu lassen, die Bedingungen der Flüchtlinge in der Türkei deutlich zu verbessern und die Sicherung der Grenzen zu verstärken, sodass deutlich weniger Menschen aus der Türkei in die EU weiterflüchten würden. Neben einer Zahlung von drei Milliarden Euro für die Flüchtlingshilfe wurden der Türkei Visaliberalisierungen für Reisen türkischer Staatsbürger in die EU sowie eine Intensivierung der EU-Beitrittsgespräche zugesagt.[78] Darüber hinaus schloss die EU am 18. März 2016 ein Abkommen mit der Türkei ab, das vorsah, zukünftig alle syrischen Asylsuchenden, die illegal von der Türkei nach Griechenland gelangen, in die Türkei zurückzuführen und für jeden auf diese Weise in die Türkei zurückgeschickten syrischen Migranten einen als Flüchtling anerkannten, in der Türkei lebenden Syrer legal in der EU aufzunehmen. Dieser Beschluss sowie der verbesserte Grenzschutz sollten die Zahl der illegal von der Türkei in die EU gelangenden Geflüchteten drastisch reduzieren. Im Gegenzug sollten die Beitrittsverhandlungen erneut beschleunigt werden, die bereits zugesagten Visa-Erleichterungen noch früher in Kraft treten und die finanziellen Hilfen von drei auf sechs Milliarden Euro verdoppelt werden.[79] In diesen Verhandlungen mit der Türkei spielte vor allem die deutsche Regierung unter

[78] Vgl. „Die Festung, die keine ist“. In: *faz.net.* 05.10.2015. http://tinyurl.com/q3v9gyj [Stand: 25.07.2016], „EU stellt Türkei Milliardenhilfen in Aussicht“. In: *faz.net.* 16.10.2015. http://tinyurl.com/o8fsnv8 [Stand: 25.07.2016], „EU-Türkei-Gipfel in Brüssel. Aktionsplan zur Flüchtlingskrise beschlossen“. In: *bundesregierung.de.* 30.11.2015. http://tinyurl.com/hr7jggd [Stand: 25.07.2016], „EU und Türkei schließen Pakt“. In: *faz.net.* 29.11.2015. http://tinyurl.com/zzwvfgh [Stand: 25.07.2016], „EU vereinbart Gegengeschäft mit der Türkei“. In: *sueddeutsche.de.* 29.11.2015. http://tinyurl.com/glx2dal [Stand: 25.07.2016], „EU will Flüchtlingspakt, Erdoğan zögert“. In: *Süddeutsche Zeitung.* 06.10.2015, S. 1, „Kontingentlösung für Türkei nimmt Gestalt an“. In: *faz.net.* 29.11.2015. http://tinyurl.com/h8j5f6v [Stand: 25.07.2016], „L’UE promet d’aider la Turquie à gérer les flux migratoires“. In: *lemonde.fr.* 06.10.2015. http://tinyurl.com/gw9uun7 [Stand: 25.07.2016], „Migrants : ne pas tout céder à M. Erdogan“. In: *lemonde.fr.* 17.10.2015. http://tinyurl.com/z448ya6 [Stand: 25.07.2016], Seufert, Günter: „Die Türkei als Partner der EU in der Flüchtlingskrise: Ankaras Probleme und Interessen“. In: *SWP-Aktuell.* Heft 98 (2015), S. 1-8, hier S. 1f., http://tinyurl.com/zw63g8x [Stand: 07.08.2016], „Was beim EU-Gipfel beschlossen wurde“. In: *sueddeutsche.de.* 16.10.2015. http://tinyurl.com/j655v2f [Stand: 25.07.2016].

[79] Vgl. „Crise migratoire : les Vingt-Huit s’accordent sur une ‚position commune’ face à la Turquie“. In: *lemonde.fr.* 18.03.2016. http://tinyurl.com/zdk7pec [Stand: 25.07.2016], „Ergebnisse des EU-Türkei-Gipfels in Brüssel. Aktionsplan mit der Türkei beschlossen“. In: *bundesregierung.de.* 30.11.2015. http://tinyurl.com/jpq9gvl [Stand: 25.07.2016], „EU und Türkei einigen sich auf Flüchtlingsabkommen“. In: *faz.net.* 18.03.2016. http://tinyurl.com/glagbr8 [Stand: 25.07.2016], „EU und Türkei einigen sich auf umstrittenes Flüchtlingsabkommen“. In: *sueddeutsche.de.* 18.03.2016. http://tinyurl.com/hrpbxxt [Stand: 25.07.2016], „L’UE et la Turquie s’accordent pour ralentir l’afflux de migrants“. In: *lemonde.fr.* 18.03.2016. http://tinyurl.com/gr3fvju [Stand: 25.07.2016], „Migrants : l'accord UE-Turquie doit fermer la route de la mer Egée“. In: *lefigaro.fr.* 18.03.2016. http://tinyurl.com/h5wq2yw [Stand: 25.07.2016], Pascouau, Yves: „EU-Turkey Summit on the refugee crisis. Law and (dis)order?“. In: *EPC Commentary*. 21. März 2016. http://tinyurl.com/h5h8mex [Stand: 07.08.2016].

Angela Merkel eine Schlüsselrolle. So sprach sich Merkel ab Anfang Oktober für eine verstärkte Kooperation mit der Türkei als Schlüssel für die Lösung der Flüchtlingsproblematik aus, beispielsweise am 7. Oktober in der Talkshow „Anne Will“:

> Wir müssen unsere Außengrenzen besser schützen. Aber das wird nur gelingen, wenn wir uns mit unseren Nachbarn, beispielsweise auch mit der Türkei, darüber einigen, wie man die Aufgabe der Versorgung von Flüchtlingen besser teilt. Das bedeutet: mehr Geld für die Türkei, die große Ausgaben wegen der Flüchtlinge hat. Das bedeutet auch, dass wir der Türkei eine bestimmte Zahl von Flüchtlingen abnehmen, sodass nicht Menschenhändler und Schmuggler Geld verdienen.[80]

Später verhandelte Merkel sogar direkt mit der türkischen Regierung, zum Beispiel im Rahmen ihrer Besuche in der Türkei am 18. Oktober 2015 sowie am 7. Februar 2016, bei den ersten deutsch-türkischen Regierungskonsultationen in Berlin am 22. Januar 2016 und gemeinsam mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte vor dem EU-Gipfel am 7. März 2016. Darüber hinaus verständigte sich der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu nach eigenen Angaben fast wöchentlich mit der Bundeskanzlerin. Angela Merkel zeigte zudem auch weitergehende Initiativen in den Verhandlungen, insbesondere durch ihre sogenannte „Koalition der Willigen“, Staaten, die sich bereit erklärten im Rahmen von Kontingenten syrische Flüchtlinge aus der Türkei aufzunehmen, und die regelmäßig vor den Gipfeltreffen zusammenkamen.[81]

Im Vergleich dazu war die französische Regierung nicht an einer europäischen Initiative zur verstärkten Zusammenarbeit mit der Türkei beteiligt. Bei den Verhandlungen spielte Hollande keine außergewöhnliche Rolle und nahm auch nicht an den zusätzlichen Treffen der Staaten teil, die zur Aufnahme von Flüchtlingskontingenten bereit waren. Hierfür nannte er offiziell terminliche Gründe, beispielsweise am 17. Dezember 2015 die

---

[80] „Dieser Mann hat für Angela Merkel den Flüchtlingsdeal erfunden. Nun will er die Katastrophe verhindern“. In: *zeit.de*. 07.07.2016. http://tinyurl.com/jbz9b96 [Stand: 25.07.2016].

[81] Vgl. „Auf dem EU-Gipfel herrscht Frust über die Flüchtlingskrise“. In: *sueddeutsche.de*. 17.12.2015. http://tinyurl.com/jsob9wo [Stand: 25.07.2016], „EU-Gipfel - Terror, Brexit, Euro, Flüchtlinge“. In: *sueddeutsche.de*. 17.12.2015. http://tinyurl.com/gwyatm5 [Stand: 25.07.2016], „EU-Türkei-Gipfel in Brüssel“, „EU und Türkei schließen Pakt“, „Gemeinsame Erklärung zu den Deutsch-Türkischen Regierungskonsultationen vom 22. Januar 2016“. In: *bundesregierung.de*. 22.01.2016. http://tinyurl.com/zmevjsf [Stand: 25.07.2016], „Merkel reist nach Ankara. Illegale Migration reduzieren“. In: *bundesregierung.de*. 07.02.2016. http://tinyurl.com/zxjzsck [Stand: 25.07.2016], „Merkel sichert Türkei erneut EU-Milliardenhilfe zu“. In: *zeit.de*. 22.01.2016. http://tinyurl.com/zxr5l2a [Stand: 25.07.2016], „Merkel stellt Türkei Geld und Visa-Erleichterungen in Aussicht“. In: *faz.net*. 18.10.2015. http://tinyurl.com/zjrumkb [Stand: 25.07.2016], „Merkel verspricht Türkei Geld und Visa-Erleichterungen“. In: *zeit.de*. 18.10.2015. http://tinyurl.com/pbw8qob [Stand: 25.07.2016], „Gegengeschäft mit der Türkei“, „Kontingentlösung für Türkei“, „Martin Schulz: Türkei will drei Milliarden zusätzlich“. In: *sueddeutsche.de*. 07.03.2016. http://tinyurl.com/zguhzrf [Stand: 25.07.2016], „Nato soll Schlepper bekämpfen“. In: *sueddeutsche.de*. 08.02.2016. http://tinyurl.com/j9rgjsv [Stand: 25.07.2016], „Szenen eines Zerwürfnisses“. In: *Süddeutsche Zeitung*. 22.01.2016, S. 6, „Warum die Verhandlungen mit der Türkei so schwierig sind“. In: *faz.net*. 22.01.2016. http://tinyurl.com/zdd26v2 [Stand: 25.07.2016].

Einweihung des *Monument des fraternisations* in Neuville-Saint-Vaast, und reiste teilweise auch zu entsprechenden Gipfeltreffen erst verspätet an. In Hollandes Erklärungen zur EU-Politik im entsprechenden Zeitraum nahm die Kooperation mit der Türkei insgesamt eine geringere Rolle ein als auf deutscher Seite; in Frankreich lag der Fokus viel eher auf der Debatte rund um einen möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU. Während Merkel mit dem EU-Türkei-Abkommen eine Reduzierung der Fluchtmigration in die EU beabsichtigte, hob Hollande den Aspekt der verstärkten Grenzsicherung, vor allem auch im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus, sowie den der politischen Situation der Türkei heraus.[82]

Zudem betonte er stets seine Zurückhaltung in Bezug auf mögliche Zugeständnisse an die Türkei. So sagte er zu den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: *„Il n'y a pas de raison ni de l'accélérer, ni de le ralentir"*.[83] Auch bei möglichen Visa-Erleichterungen verwies er wiederholt auf eine strikte Erfüllung der nötigen Voraussetzungen:

> *Vous savez qu'il y a le sujet des visas pour la Turquie. Ils ne pourront être libéralisés que si tous les critères -72 sont nécessaires- sont respectés. De la même manière, s'il doit y avoir des discussions avec la Turquie sur ce qui est engagé depuis des années dans la relation avec l'Union européenne, cela ne peut pas se faire n'importe comment et dans n'importe quelle direction, donc nous y serons également attentifs*.[84]

5 Ergebnisse der vergleichenden Analyse und Fazit

Die vorliegende Analyse zeigt die Komplexität staatlichen Handelns in der Flüchtlingskrise auf. So erwies sich sowohl die quantitative Untersuchung von Regierungshandlungen als auch deren Klassifizierung in verschiedene Arten von Maßnahmen als schwierig. Die Schwierigkeit der quantitativen Erfassung lag hierbei darin, Maßnahmen der Regierung zeitlich und thematisch abzugrenzen, da sich einzelne Maßnahmen über den eigentlichen Analysezeitraum hinaus erstrecken können oder nicht eindeutig bzw. ausschließlich als konkrete Reaktion auf die Flüchtlingskrise gewertet werden können. Zudem kann eine Maßnahme, wie ein Gesetzesvorschlag, mehrere Einzelmaßnahmen enthalten, was die Analyse der Reaktivität noch komplexer macht. Gleichwohl lässt sich eine grundsätzliche

[82] Vgl. „Déclarations du président de la République à son départ du Sommet UE-Turquie". In: *elysee.fr.* 29.11.2015. http://tinyurl.com/j4pkaod [Stand: 25.07.2016], „Immigration et ‚Brexit' : les enjeux du dernier Conseil européen de l'année". In: *lemonde.fr.* 17.12.2015. http://tinyurl.com/oubugmx [Stand: 25.07.2016], „Réfugiés : à Bruxelles, Angela Merkel joue son va-tout face aux Européens". In: *lemonde.fr.* 18.02.2016. http://tinyurl.com/zaew3eq [Stand: 25.07.2016], „Réfugiés : ‚Je veux un accord global avec la Turquie et la Grèce'". In: *elysee.fr.* 17.03.2016. http://tinyurl.com/gtu5o29 [Stand: 25.07.2016].

[83] „Déclarations du président de la République à son départ du Sommet UE-Turquie".

[84] „Réfugiés : ‚Je veux un accord global'".

Tendenz erkennen, die eine höhere Reaktivität der deutschen Regierung im Vergleich zur französischen zeigt. Deutlich wird das insbesondere auf der Ebene der Gesetzgebung sowie bei der Beteiligung an einer gesamteuropäischen Lösungsfindung. Auch in den vorliegenden Regierungsquellen manifestiert sich eine größere Bedeutung des Themas in Deutschland.

Auch eine klare formale Abgrenzung der untersuchten Maßnahmen stellte sich schwierig dar. So schließt beispielsweise die Maßnahme „Erhöhung finanzieller Mittel“, etwa die der Länder, später zusätzliche weitere Maßnahmen ein. Trotz dieser Einschränkung lassen sich Parallelen und Unterschiede in Deutschland und Frankreich feststellen. So erhielt der Bereich „Veränderung administrativer Abläufe“ und „Aufstockung der personellen und finanziellen Mittel“ in beiden Ländern Bedeutung, in Deutschland jedoch noch vermehrt. Beide Regierungen setzten zudem gleichermaßen einen Fokus auf die verstärkte Umsetzung bereits bestehender Maßnahmen, vor allem in Bezug auf Rückführungen. Die sehr viel größere Verwicklung Deutschlands in die Flüchtlingskrise zeigt sich wohl vor allem an der Tatsache, dass sich die Bundesregierung wiederholt ihres Rechts zur Gesetzesinitiative bediente, während die französische Regierung im analysierten Zeitraum keinen Gesetzesvorschlag im Parlament einbrachte. In Frankreich wurde dafür sehr viel häufiger auf Maßnahmen in Form von militärischen Einsätzen zurückgegriffen als in Deutschland. Die internationale Kooperation im Allgemeinen sowie in Form von internationalen Abkommen im Besonderen fand in Deutschland wie in Frankreich Bedeutung, während der Fokus in Deutschland jedoch auf der EU und der Türkei lag, kam in Frankreich außerdem die Zusammenarbeit mit Großbritannien im Speziellen hinzu. Die vorliegende Untersuchung zeigt ferner, dass die Bundesregierung ein hohes Maß an Reaktionen auf nationaler Ebene mit einem großen Engagement verband, die Probleme der Flüchtlingskrise international zu lösen. Auch die französische Regierung zeigte sich international engagiert, aber in geringerem Maße als die Bundesregierung, wobei auch sehr viel weniger Initiativen von französischer Seite zu verzeichnen waren. Auffallend ist dagegen, dass das Handeln der französischen Regierung in der Flüchtlingskrise häufig an regionaler und lokaler Ebene ansetzt, nämlich an besonderen „Krisenherden“ wie dem „Dschungel von Calais“, den illegalen Camps in Paris oder am Grenzübergang in Ventimiglia.

Auch in Bezug auf die von den Regierungen verfolgten Ziele zeigt die vorliegende Analyse unterschiedliche Schwerpunkte auf. Die nennenswert größeren Zahlen von Asylsuchenden,

mit denen Deutschland konfrontiert war, spiegeln sich hier darin wieder, dass ein Großteil der von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen auf eine Verbesserung der administrativen Abläufe abzielte, da das deutsche Asylsystem der zunehmenden Belastung angepasst werden musste. Zwei weitere Schwerpunkte lagen in Deutschland in der Verhinderung illegaler Migration (durch Hinderung an der Einreise von Personen ohne Schutzanspruch, durch verstärkte Rückführung sowie durch die Bekämpfung von Schleuserkriminalität) und in der Reduktion der Asylbewerberzahlen im Allgemeinen (durch Abschreckung und Umverteilung) sowie in der Bekämpfung von Fluchtursachen. Ein sehr viel geringerer Teil der von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen zielt schließlich auf langfristige Integration von Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen sowie auf die Verhinderung humanitärer Notsituationen ab. Hier zu erwähnen ist auch der Richtungswechsel in der deutschen Flüchtlingspolitik, der ab Mitte September vollzogen wurde. Auf eine Reihe von humanitären Maßnahmen und die Öffnung der deutschen Grenzen für Geflüchtete Ende August und Anfang September folgten die Einführung von Grenzkontrollen, zwei als restriktiv zu charakterisierende Gesetzespakete sowie der Beginn der engen Kooperation mit der Türkei mit dem Ziel, die Fluchtmigration von der Türkei deutlich einzudämmen. Fragen der Integration rückten zunehmend in den Hintergrund und die Kooperation mit der Türkei wurde trotz humanitärer Bedenken, die von vielen Seiten geäußert wurden, intensiviert bis hin zu dem umstrittenen EU-Türkei-Abkommen.

In den Maßnahmen der französischen Regierung nahm die Verbesserung administrativer Abläufe einen sehr viel geringeren Stellenwert ein, was sich mit der deutlich geringeren Zahl an Asylsuchenden erklären lässt. Höchste Relevanz hatten hier der Kampf gegen illegale Migration sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Neben tatsächlichen Maßnahmen zu diesem Zwecke erhielten diese Bereiche vor allem auch in öffentlichen Äußerungen der Regierungsmitglieder sowie des französischen Präsidenten große Bedeutung. Der geringere Handlungsbedarf in Frankreich kann als Erklärungsgrund dienen, weshalb sich keine großen Veränderungen in der Zielsetzung der französischen Regierung auf nationaler Ebene feststellen lassen. Auffällig sind jedoch die wiederholten Richtungswechsel auf europäischer Ebene.

Das staatliche Handeln in der Flüchtlingskrise war in Deutschland wie in Frankreich von spezifischen Konfliktfeldern geprägt. Die Bundesregierung sah sich hierbei mit der Spannung zwischen humanitärer Verantwortung und mangelnder Unterstützung in der Bevölkerung sowie in den eigenen Parteien konfrontiert. Auch das Umschwenken

Österreichs, das zunächst an Deutschlands Seite stand, verursachte zusätzlichen Druck auf die deutsche Regierung. Die französische Regierung fand sich im Konflikt wieder zwischen historischer Tradition als Beschützerin politisch Verfolgter und freiheitlicher Werte sowie der Verantwortung, auf europäischer Ebene mit Deutschland an einer Seite aufzutreten einerseits und einer mangelnden Bereitschaft in der französischen Bevölkerung für eine „Politik der offenen Grenzen". Ein soziales Klima, in dem Immigration und nationale Identität zu Reizthemen geworden sind sowie eine kritische wirtschaftliche Situation haben die Akzeptanz für hohe Zahlen Asylsuchender in Frankreich stark reduziert, und die zunehmenden Wahlerfolge des rechtsextremen *Front National* schränkten den Handlungsspielraum der französischen Regierung zusätzlich ein.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Reaktionen der deutschen und französischen Regierung die grundlegend verschiedenen Ausgangssituationen als Zielland bzw. Transitland und die unterschiedliche politische und soziale Lage der beiden Länder widerspiegeln.

Abschließend kann festgehalten werden, dass im Kontext der Flüchtlingsfrage Eigenheiten und Konfliktlinien des deutschen und französischen Systems sowie der jeweiligen politischen Situation deutlich herausgetreten sind. Die Große Koalition in Deutschland birgt einerseits die Schwierigkeit, sich unter drei unterschiedlichen Parteien auf eine Linie zu einigen, was das Fehlen eines einheitlichen Auftretens in der Flüchtlingskrise bewirkte. Andererseits wurden hier auch machtpolitische Interessen deutlich. In Frankreich warf die Doppelexekutive in der Flüchtlingskrise die Frage der Verantwortung auf und zog Widersprüchlichkeiten, Unstimmigkeiten und mehr oder weniger verdeckte Konflikte zwischen Präsident und Premierminister nach sich.

Auch Schwierigkeiten, die im Kontext der deutsch-französischen Beziehungen aktuell bestehen, sind in der vorliegenden Analyse herausgetreten, wie zum Beispiel der Widerspruch zwischen unterschiedlichen Interessen und der Verpflichtung zur Loyalität dem Partner gegenüber. Ebenso Problembereiche der Europäischen Union wurden deutlich anhand dieser eigentlich gesamteuropäischen Krise, die dennoch hauptsächlich nationalstaatliche Reaktionen hervorgerufen hat.

Wenngleich die vorliegende Arbeit zahlreiche Erkenntnisse gebracht hat, kann sie trotz alledem keine abschließende Antwort auf die eingangs formulierte Fragestellung geben. Die aufgrund der hohen Aktualität zeitlich eingeschränkte Analyse umfasste zwar

aktuellere Entwicklungen als bisher vorliegende Publikationen, dennoch gibt der weitere Verlauf der Flüchtlingskrise, wie beispielsweise die Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens gerade auch im Kontext der aktuellsten Entwicklungen in der Türkei nach dem Putschversuch am 15. Juli 2016, Anlass zu weiterführenden Untersuchungen. Auch andere Aspekte, die hier aufgrund des beschränkten Rahmens außer Acht gelassen werden mussten, wie beispielsweise die Funktionsweisen der EU-Institutionen in der Krise, werfen Perspektiven für zukünftige Forschungsarbeiten auf.

6 Bibliografie

6.1 Wissenschaftliche Literatur

Achille, Yves: *L'Europe dans l'impasse*. Paris, L'Harmattan, 2015.

Angenendt, Steffen / Koch, Anne: „Fluchtursachenbekämpfung: Ein entwicklungspolitisches Mantra ohne Inhalt?". In: Perthes, Volker (Hg.): *Ausblick 2016: Begriffe und Realitäten internationaler Politik.* Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016, S. 41-44.

Bachelot, Denis: „Recomposition du paysage politique?". In: *Commentaire*. Band 38, Heft 149 (2015), S. 40-44.

Buchta, Wilfried: „Iraks Zerfall und der Aufstieg des IS. Zwei Seiten einer Medaille". In: *Aus Politik und Zeitgeschichte.* Heft 8 (Februar 2016), S. 23-30.

Casanova, Jean-Claude: „Situation de François Hollande (II)". In: *Commentaire*. Band 37, Heft 148 (2014/15), S. 819-825.

Faas, Thorsten: „The German Federal Election of 2013: Merkel's Triumph, the Disappearance of the Liberal Party, and Yet Another Grand Coalition". In: *West European Politics*. Band 38, Heft 1 (2015), S. 238-247.

Fix, Liana: „Eine deutsche Metamorphose. Vom unsicheren Kantonisten zur europäischen Führungsmacht". In: *Internationale Politik.* Band 70, Heft 6 (2015), S. 56-59.

Galetti, Nino: „Frankreich". In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Flucht und Migration. Weltweite Reaktionen*. O. O., o. V., 2015, S. 49f.

Gerlach, Daniel: „Was in Syrien geschieht". In: *Aus Politik und Zeitgeschichte.* Heft 8 (Februar 2016), S. 6-14.

Grunberg, Gérard: „Le parti socialiste sous tensions". In: *Commentaire*. Band 38, Heft 149 (2015), S. 59-63.

Hadfield, Amelia / Zwitter, Andrej: „Analyzing the EU Refugee Crisis: Humanity, Heritage and Responsibility to Protect". In: *Politics and Governance.* Band 3, Heft 2 (2015), S. 129-134.

Hirseland, Katrin: „Flucht und Asyl: Aktuelle Zahlen und Entwicklungen". In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Heft 25 (Juni 2015), S. 17-25.

Kuhn, Raymond: „Mister Unpopular: François Hollande and the Exercise of Presidential Leadership. 2012-14". In: *Modern and Contemporary France*. Band 22, Heft 4 (2014), S. 435-457.

La Documentation française (Hg.): *France 2016. Les données clés.* Paris, Doc' en poche, 2015.

Lehmann, Julian: „Flucht in die Krise. Ein Rückblick auf die EU-‚Flüchtlingskrise' 2015". In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Heft 52 (Dezember 2015), S. 7-11.

Luft, Stefan: *Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen*. München, C.H. Beck, 2016, S. 23f.

Meier-Braun, Karl-Heinz: *Einwanderung und Asyl. Wichtige Fragen.* Bonn, C.H. Beck, 2015.

Meyer, Dirk: „Flüchtlingskrise versus Eurokrise – ein Vergleich der politischen Handhabung“. In: *ifo Schnelldienst.* Band 68, Heft 21 (November 2015), S. 18-26.

Ostrand, Nicole: „The Syrian Refugee Crisis: A Comparison of Responses by Germany, Sweden, the United Kingdom, and the United States“. In: *Journal on Migration and Human Security*. Band 3, Heft 3 (2015), S. 255-279.

Pascouau, Yves: „EU-Turkey Summit on the refugee crisis. Law and (dis)order?“. In: *EPC Commentary*. 21. März 2016. http://tinyurl.com/h5h8mex [Stand: 07.08.2016].

Seufert, Günter: „Die Türkei als Partner der EU in der Flüchtlingskrise: Ankaras Probleme und Interessen“. In: *SWP-Aktuell.* Heft 98 (2015), S. 1-8, http://tinyurl.com/zw63g8x [Stand: 07.08.2016].

Tissier-Raffin, Marion: „Crise européenne de l’asile. L’Europe n’est pas à la hauteur de ses ambitions“. In: *La Revue des Droits de l’Homme*. Heft 8 (2015), http://tinyurl.com/hqabgkf [Stand: 03.08.2016].

Varga, Esztella: „Refugee Problem in Europe. Case Studies“. In: *Eurasian Journal of Social Sciences*. Band 3, Heft 4 (2015), S. 37-45.

Wiegel, Michaela: „So nah, so fern. Die Franzosen bezweifeln, noch mehr Einwanderer integrieren zu können“. In: *Internationale Politik.* Band 70, Heft 6 (2015), S. 44-48.

Wihtol de Wenden, Catherine: „Une nouvelle donne migratoire“. In: *Politique Étrangère*. Heft 3 (2015), S. 95-106.

6.2 Regierungsquellen

„Assemblée nationale. XIVe législature. Session ordinaire de 2014-2015. Compte rendu intégral. Première séance du mercredi 17 juin 2015“. In: *assemblee-nationale.fr.* 17.06.2015. http://tinyurl.com/jremv4u [Stand: 20.07.2016].

„Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber - jährliche aggregierte Daten (gerundet)“. In: *ec.europa.eu/eurostat*. O. D. http://tinyurl.com/h42bvyh [Stand: 03.08.2016].

„Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 18. Juni 2015“. In: *bundesregierung.de*. http://tinyurl.com/jcb3qeu [Stand: 03.08.2016].

„Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am 24. September 2015“. In: *bundesregierung.de.* 24.09.2015. http://tinyurl.com/hhgtk4c [Stand: 15.07.2016].

„Bundeskabinett“. In: *bundesregierung.de*. http://tinyurl.com/hlk9agw [Stand: 03.08.2016].

„Bundesregierung legt Gesamtkonzept vor“. In: *bundesregierung.de.* 07.09.2015. http://tinyurl.com/jh2javh [Stand: 15.07.2016].

„Calais : faire en sorte que plus personne ne vive dans des conditions indignes“. In: *gouvernement.fr*. 15.02.2016. http://tinyurl.com/gm9ygjx [Stand: 18.07.2016].

„Calais : responsabilité, humanité et mobilisation de l'État“. In: *gouvernement.fr*. 22.10.2015. http://tinyurl.com/jb4whck [Stand: 18.07.2016].

„Communiqué de presse commun de Bernard Cazeneuve, Thomas de Maizière et Theresa May“. In: *interieur.gouv.fr.* 30.08.2015. http://tinyurl.com/znr54kz [Stand: 19.07.2016].

„Compte rendu du Conseil des ministres du 17 juin 2015. Répondre à la crise des migrants : respecter les droits, faire respecter le droit“. In: *gouvernement.fr*. 17.06.2015. http://tinyurl.com/hldhh9l [Stand: 03.08.2016].

„Crise des migrants à Calais“. In: *gouvernement.fr*. 20.08.2015. http://tinyurl.com/h379lz8 [Stand: 18.07.2016].

„Déclaration conjointe avec Enda Kenny, Premier ministre d'Irlande“. In: *elysee.fr.* 03.09.2015. http://tinyurl.com/hgdcttv [Stand: 18.07.2016].

„Déclaration de presse conjointe de François Hollande et Angela Merkel“. In: *elysee.fr.* 04.03.2016. http://tinyurl.com/hslhvu3 [Stand: 20.07.2016].

„Déclarations du président de la République à son départ du Sommet UE-Turquie“. In: *elysee.fr.* 29.11.2015. http://tinyurl.com/j4pkaod [Stand: 25.07.2016].

„Der Einsatz im Irak“. In: *einsatz.bundeswehr.de.* 03.05.2016. http://tinyurl.com/zxv8q2u [Stand: 20.07.2016].

„Der Einsatz in Syrien/Irak (Türkei)“. In: *einsatz.bundeswehr.de.* 05.04.2016. http://tinyurl.com/glyrymr [Stand: 20.07.2016].

„Deutsch-französische Initiative. Flüchtlingsfrage gesamteuropäisch lösen“. In: *bundesregierung.de.* 04.09.2015. http://tinyurl.com/gw6r45p [Stand: 19.07.2016].

Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode. http://tinyurl.com/gp53xs6 [Stand: 03.08.2016], S. 105-110.

„Dialogue de Petersberg : conférence de presse conjointe de François Hollande et Angela Merkel“. In: *ambafrance-de.org.* 12.04.2016. http://tinyurl.com/zxg2qwl [Stand: 18.07.2016].

„Discours de Manuel Valls, Premier ministre. L'accueil des réfugiés en France et en Europe“. In: *gouvernement.fr.* 16.09.2015. http://tinyurl.com/jz5ab8c [Stand: 14.07.2016].

„Discours du Premier ministre à la sous-préfecture de Calais“. In: *gouvernement.fr.* 31.08.2015. http://tinyurl.com/hb57nnt [Stand: 14.07.2016].

„Discours du président de la République au Parlement européen“. In: *elysee.fr.* 07.10.2015. http://tinyurl.com/gsaxmmh [Stand: 19.07.2016].

„Discours du président de la République devant le Parlement réuni en Congrès“. In: *elysee.fr.* 16.11.2015. http://tinyurl.com/p2ko558 [Stand: 20.07.2016].

„Effektive Verfahren, frühe Integration“. In: *bundesregierung.de*. 26.10.2015. http://tinyurl.com/hxlyhxr [Stand: 15.07.2016].

„Ergebnisse des EU-Türkei-Gipfels in Brüssel. Aktionsplan mit der Türkei beschlossen“. In: *bundesregierung.de.* 30.11.2015. http://tinyurl.com/jpq9gvl [Stand: 25.07.2016].

„EU-Flüchtlingspolitik im Fokus. Bundesinnenminister trifft französischen Innenminister Cazeneuve“. In: *bmi.bund.de.* 21.08.2015. http://tinyurl.com/hgwynfb [Stand: 19.07.2016].

Europäische Kommission (Hg.): *Ein Hotspot – Konzept zur Steuerung außergewöhnlicher Migrationsströme.* O. O., o. V., o. D., http://tinyurl.com/jpccm7z [Stand: 19.07.2016].

Europäische Kommission (Hg.): *Europäische Migrationsagenda 2015 – vier Schwerpunkte für eine bessere Steuerung der Migration*. O. O., o. V., 2015. http://tinyurl.com/jmvh6b9 [Stand: 18.07.2016].

„EU-Türkei-Gipfel in Brüssel. Aktionsplan zur Flüchtlingskrise beschlossen“. In: *bundesregierung.de.* 30.11.2015. http://tinyurl.com/hr7jggd [Stand: 25.07.2016].

„Faire face à l'afflux des réfugiés avec humanité et responsabilité“. In: *gouvernement.fr.* 10.09.2015. http://tinyurl.com/jeo5eof [Stand: 14.07.2016].

„Financements européens pour un campement humanitaire à Calais“. In: *gouvernement.fr*. 31.08.2015. http://tinyurl.com/h28tram [Stand: 18.07.2016].

„Flucht und Asyl: Fakten und Hintergründe. Fragen und Antworten. Fragen zum Thema ‚Was tut die Bundesregierung?‘“. In: *bundesregierung.de.* O. D. http://tinyurl.com/jhoyos2 [Stand: 20.07.2016].

„Gemeinsame Asylpolitik in der EU“. In: *bundeskanzlerin.de.* 24.08.2015. http://tinyurl.com/z98k8z2 [Stand: 19.07.2016].

„Gemeinsame Erklärung zu den Deutsch-Türkischen Regierungskonsultationen vom 22. Januar 2016“. In: *bundesregierung.de*. 22.01.2016. http://tinyurl.com/zmevjsf [Stand: 25.07.2016].

„Gemeinsamer Vorschlag von BMI und von BMJV zur erleichterten Ausweisung von Straftätern“. In: *bmi.bund.de*. 12.01.2016. http://tinyurl.com/jcm3gfs [Stand: 15.07.2016].

„Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes“. In: *bmi.bund.de.* 28.09.2015. http://tinyurl.com/hju2wql [Stand: 15.07.2016].

Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: *The European Union in a changing global environment. A more connected, contested and complex world*. O. O., o. V., Juni 2015. http://tinyurl.com/gn8zkka [Stand: 03.08.2016].

Hollande, François / Merkel, Angela: *Brief an Donald Tusk, Jean-Claude Juncker und Xavier Bettel vom 03. September 2015,* siehe Anhang A, S. 52-55.

„Hollande und Merkel im Plenum zur Lage der EU“. In: *europarl.europa.eu.* 07.10.2015. http://tinyurl.com/jl3jykw [Stand: 19.07.2016].

„Kürzere Verfahren, weniger Familiennachzug“. In: *bundesregierung.de.* 17.03.2016. http://tinyurl.com/js79w7f [Stand: 15.07.2016].

„La composition du gouvernement“. In: *gouvernement.fr.* http://tinyurl.com/ljv25xo [Stand: 03.08.2016].

„Merkel: ‚Ein guter Tag für Kommunen‘“. In: *bundesregierung.de.* 24.09.2015. http://tinyurl.com/jo4gyjx [Stand: 15.07.2016].

„Merkel reist nach Ankara. Illegale Migration reduzieren“. In: *bundesregierung.de*. 07.02.2016. http://tinyurl.com/zxjzsck [Stand: 25.07.2016].

„Migrants – Calais“. In: *gouvernement.fr.* 30.07.2015. http://tinyurl.com/jh3ats9 [Stand: 18.07.2016].

Ministère de la Défense (Hg.): *Dossier de presse. Opération Chammal.* O. O., o. V., Juli 2016.

„Neujahrsansprache 2016 von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 31. Dezember 2015 über Hörfunk und Fernsehen“. In: *bundesregierung.de.* 01.01.2016. http://tinyurl.com/jh6tlg7 [Stand: 31.07.2016].

„Opération Chammal“. In: *defense.gouv.fr.* 13.07.2016. http://tinyurl.com/znehsjs [Stand: 20.07.2016].

„Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Hollande“. In: *bundeskanzlerin.de*. 04.03.2016. http://tinyurl.com/jx7kbn3 [Stand: 20.07.2016].

„Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des G20-Gipfels in Antalya am 15. November 2015“. In: *bundesregierung.de.* 15.11.2015. http://tinyurl.com/hw764qn [Stand: 20.07.2016].

„Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Hollande vor ihrem Gespräch am 24. August 2015“. In: *bundeskanzlerin.de.* 24.08.2015. http://tinyurl.com/hy493rm [Stand: 19.07.2016].

„Rede von Bundeskanzlerin Merkel am 7. Oktober 2015 vor dem Europäischen Parlament“. In: *bundesregierung.de.* 07.10.2015. http://tinyurl.com/jpdsu2u [Stand: 19.07.2016].

„Réfugiés : ‚Je veux un accord global avec la Turquie et la Grèce’“. In: *elysee.fr.* 17.03.2016. http://tinyurl.com/gtu5o29 [Stand: 25.07.2016].

„Réfugiés : ‚Nous devons agir en suivant des principes : humanité, solidarité, mais aussi sérieux et maîtrise’“. In: *gouvernement.fr.* 16.09.2015. http://tinyurl.com/gws8jcw [Stand: 14.07.2016].

„Regierungserklärung der Kanzlerin. Europäischen Weg weitergehen“. In: *bundesregierung.de.* 17.02.2016. http://tinyurl.com/znuckzq [Stand: 20.07.2016].

„Situation à Calais“. In: *gouvernement.fr.* 23.02.2016. http://tinyurl.com/jyro3mj [Stand: 18.07.2016].

„Sofortmaßnahmen wegen verschärfter Flüchtlingssituation notwendig“. In: *bmi.bund.de.* 30.08.2015. http://tinyurl.com/z25hb4q [Stand: 19.07.2016].

„Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel“. In: *bundesregierung.de.* 31.08.2015. http://tinyurl.com/jcc5b9f [Stand: 14.07.2016].

„Statistiken über Asyl“. In: *ec.europa.eu/eurostat.* 21.05.2015. http://tinyurl.com/j3gapkm [Stand: 03.08.2016].

„Straffällige Ausländer leichter ausweisen“. In: *bundesregierung.de.* 17.03.2016. http://tinyurl.com/h2fswto [Stand: 15.07.2016].

„Verfahrensregeln zur Aussetzung des Dublinverfahrens für syrische Staatsangehörige“. Az. 411 - 93605/Syrien/2015, 21.08.2015. http://tinyurl.com/hbotbqt [Stand: 14.07.2016].

„Zahl der Asylbewerber erreicht neues Allzeithoch“. In: *bmi.bund.de*. 19.08.2015. http://tinyurl.com/zhbujnt [Stand: 03.08.2016].

„6e conférence de presse du président de la République“. In: *elysee.fr*. 07.09.2015. http://tinyurl.com/hqmfycm [Stand: 14.07.2016].

6.3 Presse- und Medienquellen

„A Calais, quinze ans d'impuissance de l'Etat“. In: *lemonde.fr*. 23.10.2014. http://tinyurl.com/lcfmrvq [Stand: 18.07.2016].

„Accord minimal sur les migrants au Conseil de l’UE“. In: *lemonde.fr*. 26.06.2015. http://tinyurl.com/j3u38kw [Stand: 18.07.2016].

„À la frontière franco-italienne, l’évacuation du camp de migrants de Vintimille est terminée“. In: *lemonde.fr*. 30.09.2015. http://tinyurl.com/njetrg9 [Stand: 03.08.2016].

„Analyse: Von Gut und Böse in der Flüchtlingspolitik“. In: *sueddeutsche.de*. 25.09.2015. http://tinyurl.com/zat6jkd [Stand: 15.07.2016].

„Asile : les modestes records de la France“. In : *Le Monde*. 09.06.2016, S. 9.

„Auf dem EU-Gipfel herrscht Frust über die Flüchtlingskrise“. In: *sueddeutsche.de*. 17.12.2015. http://tinyurl.com/jsob9wo [Stand: 25.07.2016].

„Aylan Kurdi, drei Jahre alt, ertrunken im Mittelmeer“. In: *sueddeutsche.de*. 03.09.2015. http://tinyurl.com/hramo4b [Stand: 14.07.2016].

„Bundesregierung verlängert Grenzkontrollen bis Mitte Mai“. In: *zeit.de*. 11.02.2016. http://tinyurl.com/hvubswu [Stand: 07.08.2016].

„Bundestag beschließt Verschärfung der Asylgesetze“. In: *faz.net*. 25.02.2016. http://tinyurl.com/guudkqe [Stand: 15.07.2016].

„Bundestag stimmt neuer Asylgesetzgebung zu“. In: *faz.net*. 15.10.2015. http://tinyurl.com/ncx8fql [Stand: 15.07.2016].

„Bund und Länder vereinbaren auf Flüchtlingsgipfel ‚Aktionsplan‘“. In: *sueddeutsche.de*. 18.06.2015. http://tinyurl.com/hlauvlh [Stand: 03.08.2016].

„Calais : la ‚jungle’ en partie démantelée dans un climat de tension“. In: *lefigaro.fr*. 29.02.2016. http://tinyurl.com/jpbjyhn [Stand: 18.07.2016].

„Calais : les limites des solutions d’hébergement proposées aux migrants“. In: *lemonde.fr*. 24.02.2016. http://tinyurl.com/h53at6f [Stand: 18.07.2016].

„Calais : Valls annonce la construction d’un nouveau campement humanitaire d’ici à 2016“. In: *lemonde.fr*. 31.08.2015. http://tinyurl.com/o3afhyb [Stand: 18.07.2016].

„Ce qu'il faut retenir de la conférence de presse de François Hollande“. In: *lefigaro.fr*. 07.09.2015. http://tinyurl.com/gndme6l [Stand: 14.07.2016].

„Craintes d'une infiltration des routes migratoires par des djihadistes". In: *lemonde.fr.* 19.11.2015. http://tinyurl.com/hoot6kr [Stand: 20.07.2016].

„Crise des réfugiés : Manuel Valls joue la fermeté face à Angela Merkel". In: *lemonde.fr.* 13.02.2016. http://tinyurl.com/glh8n3t [Stand: 18.07.2016].

„Crise migratoire : les Vingt-Huit s'accordent sur une ‚position commune' face à la Turquie". In: *lemonde.fr.* 18.03.2016. http://tinyurl.com/zdk7pec [Stand: 25.07.2016].

„Crise migratoire : Valls à Calais pour affirmer le rôle de la France". In: *lemonde.fr.* 31.08.2015. http://tinyurl.com/ojc5lez [Stand: 18.07.2016].

„Das neue deutsche Asylrecht". In: *faz.net.* 30.09.2015. http://tinyurl.com/q9frnqb [Stand: 15.07.2016].

„Des responsables européens font le lien entre les attentats de Paris et les réfugiés". In: *lemonde.fr.* 14.11.2015. http://tinyurl.com/pez3ajx [Stand: 20.07.2016].

„Deutschland führt wieder Grenzkontrollen ein". In: *faz.net.* 13.09.2015. http://tinyurl.com/qanvybb [Stand: 15.07.2016].

„Deutschland macht ernst". In: *zeit.de.* 15.10.2015. http://tinyurl.com/nn9qbwd [Stand: 15.07.2016].

„Deutschland setzt Dublin-Regeln für aus Syrien Flüchtende aus". In: *tagesspiegel.de*. 25.08.2015. http://tinyurl.com/jpndm76 [Stand: 14.07.2016].

„Deutschland verlängert Grenzkontrollen". In: *sueddeutsche.de.* 28.10.2015. http://tinyurl.com/zrpodqe [Stand: 07.08.2016].

„Devant Merkel, Hollande assure que la France accueillera 30.000 réfugiés". In: *lefigaro.fr.* 04.03.2016. http://tinyurl.com/h6v7wwm [Stand: 20.07.2016].

„Die Festung, die keine ist". In: *faz.net.* 05.10.2015. http://tinyurl.com/q3v9gyj [Stand: 25.07.2016].

„Dieser Mann hat für Angela Merkel den Flüchtlingsdeal erfunden. Nun will er die Katastrophe verhindern". In: *zeit.de.* 07.07.2016. http://tinyurl.com/jbz9b96 [Stand: 25.07.2016].

„Dieses neue Asylgesetz soll der Bundestag heute beschließen". In: *sueddeutsche.de.* 15.10.2015. http://tinyurl.com/hx3ybkv [Stand: 15.07.2016].

„Die Welt gibt neun Milliarden für syrische Kriegsofer [sic!]". In: *faz.net.* 05.02.2016. http://tinyurl.com/h3jg4ox [Stand: 01.08.2016].

„Es bleibt bei Merkels Politik der offenen Grenzen". In: *augsburger-allgemeine.de.* 06.11.2015. http://tinyurl.com/z4p28n3 [Stand: 31.07.2016].

„EU-Gipfel - Terror, Brexit, Euro, Flüchtlinge". In: *sueddeutsche.de.* 17.12.2015. http://tinyurl.com/gwyatm5 [Stand: 25.07.2016].

„EU stellt Türkei Milliardenhilfen in Aussicht". In: *faz.net.* 16.10.2015. http://tinyurl.com/o8fsnv8 [Stand: 25.07.2016].

„EU und Türkei einigen sich auf Flüchtlingsabkommen“. In: *faz.net.* 18.03.2016. http://tinyurl.com/glagbr8 [Stand: 25.07.2016].

„EU und Türkei einigen sich auf umstrittenes Flüchtlingsabkommen“. In: *sueddeutsche.de.* 18.03.2016. http://tinyurl.com/hrpbxxt [Stand: 25.07.2016].

„EU und Türkei schließen Pakt“. In: *faz.net.* 29.11.2015. http://tinyurl.com/zzwvfgh [Stand: 25.07.2016].

„EU vereinbart Gegengeschäft mit der Türkei“. In: *sueddeutsche.de.* 29.11.2015. http://tinyurl.com/glx2dal [Stand: 25.07.2016].

„EU will Flüchtlingspakt, Erdoğan zögert“. In: *Süddeutsche Zeitung.* 06.10.2015, S. 1.

„Flüchtlinge werden auf ganz Deutschland verteilt“. In: *zeit.de*. 05.09.2015. http://tinyurl.com/pen478w [Stand: 14.07.2016].

„Helfen kostet“. In*: zeit.de.* 25.09.2015. http://tinyurl.com/jau5wjx [Stand: 15.07.2016].

„Immigration et ‚Brexit’ : les enjeux du dernier Conseil européen de l’année“. In: *lemonde.fr.* 17.12.2015. http://tinyurl.com/oubugmx [Stand: 25.07.2016].

„Jean-Marc Ayrault défend la politique d’accueil des réfugiés d’Angela Merkel“. In: *lemonde.fr.* 10.03.2016. http://tinyurl.com/hr84qm5 [Stand: 20.07.2016].

„‚Jungle’ de Calais : un arrêté d’expulsion très limité“. In: *lemonde.fr.* 26.02.2016. http://tinyurl.com/jjnzmnn [Stand: 18.07.2016].

„Koalition beschließt Asyl-Schnellverfahren – keine Transitzonen“. In: *faz.net.* 05.11.2015. http://tinyurl.com/nat9txl [Stand: 15.07.2016].

„Koalition einigt sich auf umfassendes Asylpaket“. In: *sueddeutsche.de.* 05.11.2015. http://tinyurl.com/zelwsv3 [Stand: 15.07.2016].

„Kontingentlösung für Türkei nimmt Gestalt an“. In: *faz.net.* 29.11.2015. http://tinyurl.com/h8j5f6v [Stand: 25.07.2016].

„Kontrollen an den Grenzen, Bahnverkehr von und nach Österreich eingestellt“. In: *sueddeutsche.de.* 13.09.2015. http://tinyurl.com/jth5g5o [Stand: 15.07.2016].

„La crise des migrants s’immisce dans le débat sur les attentats“. In: *lemonde.fr.* 16.11.2015. http://tinyurl.com/pfspu5p [Stand: 20.07.2016].

„La France somme l'Italie de prendre en charge les migrants de Vintimille“. In: *figaro.fr.* 15.06.2015. http://tinyurl.com/jkrh7ts [Stand: 03.08.2016].

„La France va accueillir en urgence un millier de réfugiés ‚syriens, irakiens et érythréens’“. In: *lemonde.fr.* 07.09.2015. http://tinyurl.com/nj53oqd [Stand: 14.07.2016].

„L’Allemagne ‚renforce’ ses contrôles sur une partie de la frontière avec la France“. In: *lemonde.fr.* 16.09.2015. http://tinyurl.com/q94hm4v [Stand: 07.08.2016].

„Le bidonville de Calais, ‚Sangatte sans toit’“. In: *lemonde.fr.* 03.04.2015. http://tinyurl.com/jm8lbzg [Stand: 18.07.2016].

„Le plan timide du gouvernement face au drame des migrants“. In: *lemonde.fr.* 17.06.2015. http://tinyurl.com/nsy2uaw [Stand: 03.08.2016].

„L’Etat condamné à agir dans la ‚jungle’ de Calais“. In: *lemonde.fr*. 02.11.2015. http://tinyurl.com/nw6ganb [Stand: 18.07.2016].

„L’UE et la Turquie s’accordent pour ralentir l’afflux de migrants“. In: *lemonde.fr.* 18.03.2016. http://tinyurl.com/gr3fvju [Stand: 25.07.2016].

„L'UE ne peut plus accueillir tant de migrants (Valls)“. In: *lefigaro.fr.* 25.11.2015. http://tinyurl.com/j373l7n [Stand: 20.07.2016].

„L’UE promet d’aider la Turquie à gérer les flux migratoires“. In: *lemonde.fr.* 06.10.2015. http://tinyurl.com/gw9uun7 [Stand: 25.07.2016].

„L'UE s'ouvre à 120.000 migrants, sans quotas“. In: *lefigaro.fr.* 22.09.2015. http://tinyurl.com/jv7sbjx [Stand: 18.07.2016].

„Manuel Valls appelle l’Europe à fermer sa porte aux migrants“. In: *lemonde.fr.* 25.11.2015. http://tinyurl.com/jck47un [Stand: 20.07.2016].

„Manuel Valls veut prolonger l’état d’urgence ‚jusqu’à ce que nous soyons débarrassés de l’EI’“. In: *lemonde.fr.* 22.01.2016. http://tinyurl.com/zu9o2v3 [Stand: 20.07.2016].

„Martin Schulz: Türkei will drei Milliarden zusätzlich“. In: *sueddeutsche.de.* 07.03.2016. http://tinyurl.com/zguhzrf [Stand: 25.07.2016].

„Merkel sichert Türkei erneut EU-Milliardenhilfe zu“. In: *zeit.de.* 22.01.2016. http://tinyurl.com/zxr5l2a [Stand: 25.07.2016].

„Merkel stellt Türkei Geld und Visa-Erleichterungen in Aussicht“. In: *faz.net.* 18.10.2015. http://tinyurl.com/zjrumkb [Stand: 25.07.2016].

„Merkel verspricht Türkei Geld und Visa-Erleichterungen“. In: *zeit.de.* 18.10.2015. http://tinyurl.com/pbw8qob [Stand: 25.07.2016].

„Merkel wird deutlich“. In: *zeit.de*. 31.08.2015. http://tinyurl.com/nkwhgkh [Stand: 15.07.2016].

„Merkel: ‚Wir schaffen das‘“. In: *faz.net.* 31.08.2015. http://tinyurl.com/omf7td3 [Stand: 15.07.2016].

„Migrants de Calais : ce que dit l'accord France / Grande-Bretagne“. In: *tempsreel.nouvelobs.com*. 21.08.2015. http://tinyurl.com/hlrdnmo [Stand: 18.07.2016].

„Migrants : l'accord UE-Turquie doit fermer la route de la mer Egée“. In: *lefigaro.fr.* 18.03.2016. http://tinyurl.com/h5wq2yw [Stand: 25.07.2016].

„Migrants : le plan Cazeneuve jugé ‚timoré’“. In: *Le Figaro*. 18.06.2015, S. 9.

„Migrants : Manuel Valls adresse un discours de fermeté aux Français“. In: *lemonde.fr.* 17.09.2015. http://tinyurl.com/h483q5k [Stand: 14.07.2016].

„Migrants : ne pas tout céder à M. Erdogan“. In: *lemonde.fr.* 17.10.2015. http://tinyurl.com/z448ya6 [Stand: 25.07.2016].

„Migrants : Paris et Berlin valident le plan européen“. In: *lemonde.fr.* 10.07.2015. http://tinyurl.com/z6e3q88 [Stand: 18.07.2016].

„Migrants : Paris et Berlin veulent des quotas contraignants d'accueil en Europe“. In: *lefigaro.fr.* 03.09.2015. http://tinyurl.com/hv48vk4 [Stand: 15.07.2016].

„München, Frankfurt und Saalfeld erwarten Flüchtlingszüge“. In: *faz.net.* 05.09.2015. http://tinyurl.com/opzbzvz [Stand: 14.07.2016].

„Nato soll Schlepper bekämpfen“. In: *sueddeutsche.de.* 08.02.2016. http://tinyurl.com/j9rgjsv [Stand: 25.07.2016].

„Neue Milliarden für Flüchtlinge - schärfere Asylregeln“. In: *sueddeutsche.de.* 07.09.2015. http://tinyurl.com/pc2msrt [Stand: 15.07.2016].

„Neuf milliards d'euros pour la Syrie“. In: *liberation.fr.* 04.02.2016. http://tinyurl.com/hh47dn2 [Stand: 01.08.2016].

„Rede auf Parteitag zur Flüchtlingspolitik. ‚Und deshalb werden wir das schaffen‘“. In: *tagesschau.de.* 14.12.2015. http://tinyurl.com/nonbdta [Stand: 31.07.2016].

„Réfugiés : à Bruxelles, Angela Merkel joue son va-tout face aux Européens“. In: *lemonde.fr.* 18.02.2016. http://tinyurl.com/zaew3eq [Stand: 25.07.2016].

„Réfugiés : Manuel Valls entre solidarité et fermeté“. In: *lefigaro.fr.* 16.09.2015. http://tinyurl.com/gspjrr5 [Stand: 14.07.2016].

„Sechs Milliarden Euro mehr für Flüchtlinge“. In: *faz.net*. 07.09.2015. http://tinyurl.com/nv8r7rm [Stand: 15.07.2016].

„Söder sieht Grenzschließung jetzt als echte Option“. In: *welt.de.* 14.11.2015. http://tinyurl.com/hmpxe32 [Stand: 20.07.2016].

„Szenen eines Zerwürfnisses“. In: *Süddeutsche Zeitung.* 22.01.2016, S. 6.

„Tote Flüchtlinge vermutlich aus Syrien - drei Festnahmen“. In: *faz.net.* 28.08.2015. http://tinyurl.com/oqelzgq [Stand: 14.07.2016].

„Une conférence internationale des donateurs pour doubler l’aide aux réfugiés syriens“. In: *lemonde.fr.* 04.02.2016. http://tinyurl.com/zxcfw7v [Stand: 01.08.2016].

„Valls: Europa muss Grenzen schließen“. In: *sueddeutsche.de.* 24.11.2015. http://tinyurl.com/zh6x6zz [Stand: 20.07.2016].

„Viel Härte, wenig Wirkung“. In: *zeit.de.* 25.02.2016. http://tinyurl.com/jea8rgl [Stand: 15.07.2016].

„Warum die Verhandlungen mit der Türkei so schwierig sind“. In: *faz.net*. 22.01.2016. http://tinyurl.com/zdd26v2 [Stand: 25.07.2016].

„Warum so erbittert über die Flüchtlingsquote gestritten wird“. In: *sueddeutsche.de.* 14.09.2015. http://tinyurl.com/hheenr3 [Stand: 18.07.2016].

„Was beim EU-Gipfel beschlossen wurde“. In: *sueddeutsche.de.* 16.10.2015. http://tinyurl.com/j655v2f [Stand: 25.07.2016].

„Wie Deutschland Fluchtursachen bekämpft“. In: *tagesspiegel.de.* 13.09.2015. http://tinyurl.com/hkebsqv [Stand: 20.07.2016].

„Willkommenskultur für Flüchtlinge. Was hinter der Hilfsbereitschaft der Deutschen steckt“. In: *sueddeutsche.de.* 11.09.2015. http://tinyurl.com/q39peem [Stand: 31.07.2016].

„Wie Merkel in der Türkei für ihre Flüchtlingspolitik wirbt“. In: *sueddeutsche.de.* 15.11.2015. http://tinyurl.com/zey4m9f [Stand: 20.07.2016].

6.4 Sonstige Quellen

Abdalla, Gihan: „Südsudan“. In: *bpb.de.* 31.05.2016. http://tinyurl.com/z3sgdgl [Stand: 03.08.2016].

Ansorg, Nadine: „Demokratische Republik Kongo“. In: *bpb.de.* 21.11.2015. http://tinyurl.com/hga3fyl [Stand: 03.08.2016].

„Aufenthaltsgesetz. § 53 Ausweisung“. In: *dejure.org.* O. D. http://tinyurl.com/zjrwy5d [Stand: 15.07.2016].

Balthasar, Dominik: „Somalia“. In: *bpb.de*. 08.12.2015. http://tinyurl.com/nqvgjx3 [Stand: 03.08.2016].

„Flucht und Asyl in Deutschland“. In: *bpb.de*. 22.06.2015. http://tinyurl.com/ht9hnos [Stand: 03.08.2016].

Hanewinkel, Vera: „Fluchtmigration nach Deutschland und Europa: Einige Hintergründe“. In: *bpb.de*. 15.12.2015. http://tinyurl.com/hqx68ce [Stand: 03.08.2016].

Hanewinkel, Vera: „Flüchtlinge in Europa: Ein Blick auf die Herkunftsländer Eritrea und Somalia“. In: *bpb.de.* 14.11.2014. http://tinyurl.com/jab45yy [Stand: 03.08.2016].

Oltmer, Jochen: „Warum ist die Bundesrepublik Deutschland 2015 Ziel umfangreicher globaler Fluchtbewegungen geworden?“. In: *bpb.de.* 21.04.2016. http://tinyurl.com/gtap8wr [Stand: 03.08.2016].

Rappold, Julian: „Die Flüchtlingskrise und Europa“. Interview in *Fünf Fragen*. Im Gespräch mit DGAP Online. 19.10.2015. http://tinyurl.com/hcfah93 [Stand: 18.07.2016].

Rohde, Achim: „Irak“. In: *bpb.de*. 09.11.2015. http://tinyurl.com/n5ultbj [Stand: 03.08.2016].

Ruttig, Thomas: „Afghanistan“. In: *bpb.de.* 08.11.2015. http://tinyurl.com/hsv78z6 [Stand: 03.08.2016].

„Weltweit fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht“. 18.06.2015. In: *unhcr.de.* http://tinyurl.com/nfgg66c [Stand: 05.08.2016].

„Zahlen zu Asyl in Deutschland“. In: *bpb.de.* 10.05.2016. http://tinyurl.com/jdyj7ox [Stand: 03.08.2016].

7 Anhang

Anhang A: Brief von François Hollande und Angela Merkel an Donald Tusk, Jean-Claude Juncker und Xavier Bettel vom 03. September 2015.

La Chancelière
de la République Fédérale d'Allemagne

Le Président
de la République Française

Paris, le – 3 SEP. 2015

Messieurs les Présidents,
Monsieur le Premier ministre,

L'afflux de migrants d'une ampleur inégalée est un grand défi pour l'Europe. Elle doit agir de manière décisive et conformément à ses valeurs pour faire face à cette situation.

Un grand nombre de ces hommes et femmes, souvent avec leurs familles, fuient la guerre et les persécutions et ont donc besoin de la protection internationale. L'Europe se doit de protéger ceux pour qui elle est le dernier espoir.

D'autres tentent d'améliorer leurs conditions matérielles par des voies irrégulières. Ils doivent être raccompagnés dans leurs pays d'origine, dans la dignité.

Au sein de l'Europe, notre approche doit se fonder sur la responsabilité de chaque Etat membre et sur la solidarité de tous. L'Europe doit soutenir les Etats membres qui font actuellement face à ces mouvements de populations. Elle doit s'assurer que les personnes nécessitant une protection internationale sont accueillies conformément aux normes internationales et européennes. Les demandeurs d'asile devraient être mieux répartis entre tous les Etats membres et non se concentrer sur un nombre limité de destinations.

Monsieur Donald TUSK
Président du Conseil européen

Monsieur Jean-Claude JUNCKER
Président de la Commission européenne

Monsieur Xavier BETTEL
Premier ministre du Luxembourg

En même temps, un soutien important doit être apporté aux pays d'origine et de transit afin de stabiliser les populations et de dissuader autant que possible les personnes de risquer leur vie en entreprenant des déplacements périlleux. A cet égard, il convient de renforcer globalement notre coopération pour accroître notre aide humanitaire, lutter contre la traite d'êtres humains, améliorer la gestion des frontières et s'attaquer aux causes fondamentales des migrations.

L'Union européenne a adopté un certain nombre d'initiatives et de décisions significatives au cours des derniers mois. Il s'agit à présent de les mettre en œuvre intégralement et sans délai. Là où c'est nécessaire, des actions complémentaires doivent être décidées dès que possible. Nous soutenons les mesures suivantes :

- la création de dispositifs d'accueil (« hotspots ») en Italie et en Grèce doit être accélérée afin de garantir dès que possible l'identification, l'enregistrement, le relevé d'empreintes digitales des migrants, la détermination du besoin de protection internationale et, le cas échéant, le retour dans le pays d'origine. Ils doivent être pleinement opérationnels au plus tard avant la fin de l'année. La Commission et les agences compétentes de l'Union européenne devront fournir tout le soutien nécessaire. L'Allemagne et la France sont disposées à apporter leur expertise dans ce contexte. La Commission devrait être prête à étudier la création de nouveaux dispositifs d'accueil dans d'autres Etats membres ;

- tous les États membres doivent respecter et mettre en œuvre les règles du régime d'asile européen commun, tant en ce qui concerne les procédures que les normes en matière d'hébergement et de prise en charge des réfugiés. Nous appelons la Commission à utiliser tous les moyens dont elle dispose pour s'assurer que ces règles sont uniformément respectées. Elle devrait formuler rapidement de nouvelles orientations (y compris à partir des bonnes pratiques des Etats membres) afin d'améliorer les procédures d'asile. Nous invitons la Commission à examiner les étapes permettant de rapprocher encore les réglementations nationales en vue d'un système d'asile européen unifié à terme ;

- les personnes en besoin manifeste de protection internationale doivent être réparties équitablement et dans un esprit de solidarité entre les Etats membres. Au-delà des décisions prises en juin et en juillet, et dans le contexte de cette situation exceptionnelle, nous invitons la Commission à soumettre une proposition complémentaire pour un mécanisme permanent et obligatoire de relocalisation concernant ces personnes ;

- le retour des migrants irréguliers doit être appliqué de manière effective. Des interdictions d'entrée doivent être émises et mises en œuvre dans le Système d'information Schengen. Les dialogues de haut-niveau avec les principaux pays d'origine et de transit de migrants irréguliers, sous l'égide de la Haute Représentante, doivent être intensifiés d'urgence. Tous les outils doivent être mobilisés afin de promouvoir la réadmission des migrants en situation irrégulière dans les pays d'origine et de transit. Les accords de réadmission doivent être finalisés rapidement lorsque des négociations sont engagées ou lorsqu'il n'existe pas d'accord de ce type entre l'Union européenne et des pays d'origine importants. Dans ce contexte, nous avons besoin d'un lien plus ciblé avec des mesures dans les domaines de la politique étrangère, de la politique de voisinage et de la politique de développement, dans l'objectif de conclure de nouveaux accords de réadmission et de mettre en œuvre les accords existants, et de fournir le soutien nécessaire à nos partenaires ;

- afin d'assurer une démarche cohérente à l'échelle de l'Union européenne ainsi qu'une base uniforme pour les décisions des autorités nationales en matière d'asile, nous devons établir une liste commune de pays d'origine sûrs. La Commission devrait soumettre une proposition pour l'établissement d'une telle liste, fondée sur une évaluation commune des situations dans les pays-tiers concernés, qui devra être régulièrement mise à jour. Les pays candidats à l'adhésion à l'Union européenne, notamment les Balkans occidentaux, devraient être désignés comme pays d'origine sûrs, dès lors qu'ils assurent la stabilité des institutions garantissant la démocratie, l'Etat de droit, les droits de l'Homme et le respect et la protection des minorités, conformément aux critères de Copenhague ;

- plusieurs pays, notamment la Turquie, la Jordanie et le Liban, ont déployé des efforts considérables pour protéger, héberger et prendre en charge les réfugiés. L'Union européenne devrait accroître sans délais son soutien à ces pays, notamment par ses programmes bilatéraux, ainsi qu'aux agences des Nations Unies et aux ONG. Une aide immédiate devrait également être apportée aux réfugiés qui se trouvent dans la Corne de l'Afrique ;

- l'Union européenne doit poursuivre et amplifier ses efforts pour démanteler les réseaux criminels de traite des êtres humains. Dans cette perspective, la coopération avec des partenaires clefs, en particulier la Turquie, mais aussi l'Egypte, la Tunisie ou le Niger, doit être renforcée afin d'améliorer la gestion des

frontières et de mettre en œuvre des mesures efficaces pour contrôler et juguler les flux migratoires irréguliers ;

- la mise en place de centres polyvalents dans des pays de transit clés, en premier lieu au Niger, doit être accélérée avec le soutien financier de l'Union européenne. Des projets analogues doivent également être mis en œuvre dans d'autres pays de transit et d'origine importants (par ex. la Mauritanie, le Mali, l'Ethiopie) ;

- dans ce contexte, nous devons préparer le Sommet de la Valette de novembre avec nos partenaires africains, afin de déterminer des stratégies communes pour le développement et la sécurité, et être prêts à adapter autant que nécessaire nos instruments de coopération et notre aide au développement.

Nous saluons l'initiative de la présidence luxembourgeoise de convoquer une session extraordinaire du Conseil JAI le 14 septembre afin de préparer les décisions nécessaires. Nous proposons que le Conseil européen soit ensuite saisi.

La France et l'Allemagne sont déterminées à défendre Schengen. Ce système garantit la liberté de circulation et permet aux Etats membres de mieux relever les défis auxquels ils sont confrontés : gestion des frontières, politique migratoire, politique d'asile et lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée.

Face au défi majeur que l'Europe a à relever et qui exige d'être à la hauteur des valeurs que nous portons et des devoirs que nous assumons, nous devons intensifier fortement nos efforts et mettre en œuvre les mesures adoptées avec rapidité et détermination. La France et l'Allemagne sont désireuses de contribuer à toutes les actions dans un esprit de solidarité et de responsabilité européenne.

Nous vous prions d'agréer, Messieurs les Présidents, Monsieur le Premier ministre, l'expression de notre haute considération.

Angela MERKEL

François HOLLANDE